

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

104 (6.5.1931)

Volksfreund

50 JAHRE

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10gepaltene Millimeter...
Die 10gepaltene Millimeter...
Die 10gepaltene Millimeter...

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk
Die Aufstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark...
2,50 Mark...
2,50 Mark...

Nummer 104

Karlsruhe, Mittwoch, den 6. Mai 1931

51. Jahrgang

Amerikanische Handelskammer gegen Schuldenschiebung

Washington, 5. Mai. (Eig. Draht.) Der Führer der amerikanischen Sektion der internationalen Handelskammer erklärte Pressevertretern gegenüber, daß sich Amerika nie zur Streichung von 11 Milliarden bestehenden Kriegsschulden bereit erklären werde. Immerhin ließe sich eine Verlängerung der Zahlungsfrist erwägen. Wenn Deutschland ein Moratorium beantragen würde, so dürfte die amerikanische Geschäftswelt dafür sicherlich großes Verständnis aufbringen.

Neuportor Kundgebung zur Erhaltung des Friedens

Neuport, 5. Mai. Eine von der American Legion veranstaltete stark besuchte Kundgebung der Kriegsveteranen Amerikas und der Mittelmächte nahm folgende Entschließung an: Die Versammlung beschließt, daß entweder der Abschluß neuer Verträge oder die Revision alter Verträge dringend empfohlen werden soll, damit diese im Bewußtsein kommender Generationen Europas die Freundschaft der Völker bewahren, damit unsere Kinder nicht wieder in die Schreden eines neuen Krieges hineingezogen werden.

Die spanische Wahlreform

Madrid, 5. Mai. Der gestrige Ministerrat befaßte sich hauptsächlich mit der Wahlreformfrage. Ein entsprechendes Dekret wurde ausgearbeitet. Es sieht vor, daß jede Provinz einen einzelnen Wahlkreis bilden wird. Die Städte Madrid und Barcelona bilden eigene Wahlbezirke. Auf je 50 000 Einwohner soll ein Abgeordneter entfallen. Frauen und Geistliche sind wählbar.

Wie Spanas berichtet, entbehren die Meldungen über Rücktrittsabsichten des spanischen Außenministers Maura jeder Grundlage.

Frankreich beglückwünscht Spanien

Die französische Kammer nahm mit 540 gegen 6 Stimmen einen Antrag des Sozialisten Grumbach an, nachdem der spanische Republik die Glückwünsche und die Sympathien der französischen Kammer übermittelt werden sollen. Vor der Abstimmung erklärte Ministerpräsident Laval, daß die französische Regierung der jungen spanischen Republik einen herzlichen Glückwunsch entbieten werde. Die Mehrheit der Kammer begrüßte diese Erklärung mit lebhaftem Beifall, während die Kommunisten protestierten und eine Resolution verabschiedeten, da es sich um eine bürgerliche Republik handle.

Wie immer in solchen Fällen, versteht Frankreich, sich die Sympathien eines Volkes zu erwerben; Deutschlands Feinddiplomatie kann sich jedoch nicht damit befriedigen, daß die Völker der Welt sich immer mehr zu den Ideen der Demokratie bekennen.

Freiwillige Arbeitsdienstpflicht?

W.D. Berlin, 5. Mai. In der Reichskanzlei fand am Dienstag eine Aussprache zwischen den interessierten Verbänden über die Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes statt. Vertreten waren neben einer Reihe von Einzelpersönlichkeiten und Verbänden der Köhlerbündel, das Reichsbanner, der Stahlhelm, Jugendkraft, Eichenkranz, der Reichsausschuß deutscher Jugendverbände, Hilfsvereinsgemeinschaft deutscher Kriegsteilnehmer, Reichslandbund, Kuratorium für Arbeitsdienst und Volksbund für Arbeitsdienst. Den Vorsitz führte Reichsminister Treverius, der die Verhandlungen mit längeren Darlegungen darüber eröffnete, wie sich auf Grund der vorbereitenden Besprechungen zwischen den Reichsverbänden und innerhalb der Brauns-Kommission nach seiner Ansicht ein freiwilliger Arbeitsdienst mit Unterstützung des Reiches entwerfen ließe. Er betonte hierbei die Notwendigkeit einer gesetzlichen Grundlage und die Möglichkeit, an bestimmte bestehende gesetzliche Einrichtungen anzuknüpfen. Es bestünde die Hoffnung, von der Reichskanzlei für Arbeitslosenversicherung einen Kopfschlag für eine bestimmte Frist (zirka 20 Wochen) zu erhalten. Der Minister freilich auch die Überlegenheit mit dem freiwilligen Arbeitsdienst verbundenen Probleme, darunter die Schwierigkeiten der Schülerfrage, die Zweckmäßigkeit, sich vorwiegend auf kleinere Arbeiten zu beschränken, und die Möglichkeiten der Kontrolle. Er betonte abschließend, daß es an der Zeit sei, mit einem Versuch auf größerer Basis anzufangen.

In der Debatte pflichteten alle beteiligten Organisationen mit gewissen Abweichungen dem Grundgedanken des freiwilligen Arbeitsdienstes bei. Die Besprechungen sollen fortgesetzt werden.

Etatsberatung in Württemberg

Mißglückter Angriff der Kommunisten auf das württembergische Landtagspräsidium

Stuttgart, 5. Mai. (Eig. Meldung.) Bei Beginn der Etatsberatung im württembergischen Landtag beantragten die Kommunisten in dem Glauben über die Entscheidung der Landtagsabgeordneten die für den Präsidenten und die Vizepräsidenten vorgesehenen Sonderbesinne zu streichen. Sie beantragten diesen Antrag mit der Behauptung, daß das Präsidium, an dessen Spitze der Sozialdemokrat Müller steht, die Immunität der Abgeordneten gegen die von Polizei und Justiz gegen sie gerichteten Angriffe nicht genügend in Schutz genommen habe.

Des weiteren beantragten die Kommunisten, daß Abgeordnete, die bei ihrer politischen Tätigkeit mit den Bestimmungen der Notverordnung in Widerspruch geraten, während der Dauer des Landtags grundsätzlich nicht zur Strafverfolgung freigegeben werden sollen.

Beide Anträge wurden, ohne daß eine andere Partei das Wort dazu ergreift, gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Schieles Brotpreis-Besprechung

Wird auch durchgegriffen werden?

Umtlich wird mitgeteilt:

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft haben am 5. Mai Besprechungen mit den Berliner Mühlen stattgefunden, über die Mittel und Wege, wie den Bäckern das Roggenmehl zu einem Preise angeboten werden kann, der es ihnen ermöglicht, den alten Brotpreis wieder herzustellen. Die Berliner Mühlen haben sich grundsätzlich bereit erklärt, bei Vergabe gewisser Mengen von Roggen aus den Beständen der deutschen Getreidehandels-Gesellschaft das Mehl zu einem entsprechenden Preis zu liefern. Die letzten Einzelheiten werden voraussichtlich im Laufe des 6. Mai festgelegt werden. An die Besprechungen mit den Mühlen werden sich die Verhandlungen mit den Berliner Bäckern wegen Senkung des Brotpreises unmittelbar anschließen.

Das Reichsernährungsministerium hat also endlich am Dienstag die Verhandlungen mit den Interessenten aufgenommen, um die von dem Bäckergewerbe durchgeführte Brotpreiserhöhung rückgängig zu machen. Für Berlin z. B. kommt eine Rückführung des Brotpreises um 4 Pfg. auf 46 Pfg. in Frage.

Soweit man die Pläne des Reichsernährungsministers überschauen kann, gehen keine Bestrebungen dahin, die ihm zur Verfügung stehende Getreidemenge für eine Verbilligung der Mehlpreise einzuflehen. Es handelt sich dabei einmal um die zu verbilligten Vorräte aus dem Ausland einzuführende Weizenmenge. Weiter kann der Reichsernährungsminister auf die Bestände der Roggenstühle zurückgreifen, die 150 000 Tonnen betragen dürften. Daneben verfügt die Landwirtschaft noch über nicht unwesentliche Bestände. Im Reichsernährungsministerium ist man der Auffassung, daß man mit den Vorräten der Landwirtschaft und den Vorräten der Stützungsstellen, soweit es sich um Roggen handelt, bis zur neuen Ernte reicht.

Ob diese Rechnung richtig oder unrichtig ist, interessiert für die augenblickliche kritische Situation erst in zweiter Linie. Die Hauptfrage ist, daß die Regierung endlich handelt, nachdem die wertvolle Zeit unbenutzt verfließen ist und die Regierung entgegen der gesetzlichen Bestimmung keine Maßnahmen zur Senkung des Brotpreises eingeleitet hat. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß die gegebene Maßnahme zur Mehlverbilligung die Getreidezollverbilligung ist. Die Zollerhöhung lehnt jedoch Schiele ab.

Am Dienstag hat das gute Nachwetter auf die Terminpreise an der Berliner Produktenbörse stark gedrückt. Unter dem Druck des besseren Nachweters setzt sich eine, wenn auch nur geringe Mehlpriermäßigung durch.

Man darf die Wirkungen der Aktion, an die man im Reichsernährungsministerium denkt, nicht unterschätzen. Wenn das Reichsernährungsministerium als Großgetreidelieferant auftritt, und die Mühlen, sowie sie auf den Plan des Reichsernährungsministers eingehen, beliefert, kann es eine Verbilligung des Mehlprieses erzwingen. Am Dienstag ist bereits nach dieser Richtung hin mit den Mühlen im Berliner Bezirk verhandelt worden. Ihnen sollen Verhandlungen mit Mühlen in anderen Wirtschaftsbezirken folgen.

Die beabsichtigte Mehlprierverbilligung braucht keineswegs nur auf Kosten einer billigen Getreidelieferung, also auf

Reichskosten zu gehen. Im Besitz der riesigen Getreidebestände hat das Reichsernährungsministerium tatsächlich die Macht, den Mühlen und den Bäckern Gewinnspannen vorzuschreiben. Es hat also die Möglichkeit, auf die überhöhten Zwischengewinne zu drücken, die im Laufe der letzten sieben Jahre im Rahmen der Agrardebatten immer wieder erörtert und kritisiert worden sind.

Wir haben keine Ursache, die Regierung aus der Verantwortung der Brotpreisverbilligung herauszulassen, die ihr durch Gesetz, durch den Verbraucherschutz und durch ihre Besprechungen auferlegt worden ist. Eine Mißachtung dieses Verbraucherschutzgesetzes muß weittragende Folgen haben. Deshalb gilt rasches Handeln, auch in der Zollherabsetzung.

Zollsenkung für einzelne Mühlenbetriebe

Berlin, 5. Mai. (Eig. Draht.) Umtlich wird mitgeteilt: Durch eine am 6. Mai zur Veröffentlichung gelangende Verordnung wird der Zoll für Weizen und Spels zur Herstellung von Mehl oder Schrot für diejenigen Mühlenbetriebe, die in ihr Kalenderjahr April-Juni 1930 ausländischen Weizen oder Spels zu Mehl oder Schrot verarbeitet haben, in Höhe von 20 % der gesamten von ihnen in dieser Zeit nachweislich zu Mehl oder Schrot verarbeiteten Menge inländischen oder ausländischen Weizens oder Spels auf 20 RM. je Doppelzentner ermäßigt. Diese Regelung gilt zunächst bis zum 15. Juni 1931, und ist den geltenden Vorschriften über den Vermahlungswang für inländischen Weizen anzuwenden, jedoch die derzeitige Vermahlungsquote von 50 vom Hundert völlig unberührt bleibt und eine für die Landwirtschaft nachteilige Wirkung auf den deutschen Markt ausschließt.

Die Mühlen werden gehalten werden, den ganzen Vorteil dieser Zollverbilligung von 50 Reichsmark für die Tonne ausländischen Weizens den Verbrauchern dadurch zugutekommen zu lassen, daß eine entsprechende Senkung des Mehlprieses erfolgt.

Diese von der Regierung verkündete Zollermäßigung reicht keineswegs zur Erleichterung der gespannten Lage am deutschen Getreidemarkt aus. Eine Wirkung dieser reichlich spät verkündeten Maßnahme ist auf dem Weizenmarkt kaum spürbar. In Regierungskreisen scheint man, wie zuverlässig verlautet, nummehr unter dem Druck der Sozialdemokratie ernsthaft entschlossen, den Brotpreis allgemein auf 46 Pfennig zu senken. So wie bisher kann und darf die Sozialdemokratie die Dinge nicht weiterlaufen lassen.

Berliner Konsumverein macht keine Preiserhöhung

Die Berliner Konsumgenossenschaft macht die von den Berliner Bäckermeistern vorgenommene Preiserhöhung nicht mit. Das Brot der Konsumgenossenschaft wird zum alten Preis verkauft.

Hohe Zölle, niedrigere Löhne

Lloyd George über Deutschland
Der Führer der englischen Liberalen, Lloyd George, wies in einer großen Rede nach, daß die Länder mit den höchsten Zöllen zugleich die niedrigsten Löhne und Gehälter zahlen. Unter den betreffenden Ländern befindet sich auch Deutschland.

Naziführer als Landesverräter

Die Verhaftung des SA-Führers Braach

Zu der bereits gestern unter Letzte Nachrichten kurz mitgeteilten Verhaftung des nationalsozialistischen SA-Führers Braach wegen Landesverrat an Polen wird uns aus Schneidemühl noch gemeldet:

Der unter dem Verdacht der Spionage zugunsten Polens verhaftete Führer der Sturmabteilung der SA, in Neustettin, Otto Braach, hat inzwischen vor der Schneidemühler Kriminalpolizei ein umfassendes Geständnis abgelegt. Er hat zugegeben, daß er Polen militärisches Material zukommen lassen wollte. Braach ist bereits dem zuständigen Amtsrichter vorgeführt worden, der sofort Haftbefehl gegen ihn erlassen hat.

Der Landesverrat des Nationalsozialisten Braach kam dadurch ans Tageslicht, daß er an einen im Kreise Flatow amtierenden polnischen Geistlichen, der früher deutscher Reichsangehöriger war und jetzt Vorstandsmitglied des Polenbundes ist, einen anonymen Brief richtete. In diesem Schreiben bot er dem Geistlichen gegen Bezahlung eines Betrages von 1500 M den Verrat militärischer Geheimnisse an. Gleichzeitig brachte er in dem Brief zum Ausdruck, daß er durch seine Tätigkeit mit den polnischen Behörden in Beziehung zu treten hoffe. Die Annahme des Landesverräterischen SA-Mannes, daß der Pfarrer auf den Brief reagieren würde, war jedoch irrig. Statt zu antworten und sich des Landesverräterischen

Angebots des Braach zu bedienen, übergab der Pfarrer das Schreiben der deutschen Kriminalpolizei. Als Braach dann von dem Postamt in Neustettin den Antwortbrief des Geistlichen abholen wollte, wurde er von der Polizei festgenommen.

Inwieweit Braach in der nationalsozialistischen Partei Helfershelfer gehabt hat, wird zur Zeit von der Polizei noch eingehend untersucht.

Nationalsozialistische Knallfrösche gegen Tannenbergbund

Riel, 5. Mai. (Eig. Draht.) Mit Knallfröschen, Schredschüssen und ohrenbetäubendem Gebell sprengten die Nationalsozialisten mit Hilfe von Stahlhelmlern in Runden eine Versammlung des Tannenbergschen Tannenbergsbundes, in der über den kommenden Weltkrieg gesprochen werden sollte. Als endlich ein Ueberfallkommando der Polizei eintraf, wurde die Versammlung unter dem Gesang „O Tannenbaum, o Tannenbaum“ aufgelöst.

Rückgängigmachung Friedlicher Maßregelungen

Die von Fried verkündete Amtsenthebung der sozialdemokratischen Lehrer, Landtagsabgeordneter Müller-Mittenburg und Lehrer Widel-Eisenberg, ist inzwischen rückgängig gemacht worden. Die betreffenden Lehrer befinden sich bereits wieder im Dienst.

Großgrundbesitzsteuer in England

Energetische Aktion Snowdens

London, 5. Mai. Im Unterhaus begründete Schatzkanzler Snowden ein Gesetz zur weiteren Besteuerung des Großgrundbesitzes, die eine Art Wertzuwachssteuer darstellt, gleichzeitig aber in ihrer Wirkung den Anfang von einer sozialen Umgestaltung größter Bedeutung bilden soll.

Der Boden ist — so führte Snowden aus — in Wahrheit allgemeiner Besitz. Nicht geschaffen für die Barone und Junker, jene aber, die das Eigentum der Allgemeinheit benützen und ausnützen, sollen dafür wenigstens der Allgemeinheit eine entsprechende Entschädigung bezahlen. Deshalb wird der gesamte Großgrundbesitz neu eingeschätzt und von je einem Pfund Kapitalwert muß von 1934 ab jährlich Wertzuwachssteuer entrichtet werden.

Kleinbetriebe, Besitz von gemeinnützigen Gesellschaften, von Kommunen, Kirchen usw. bleiben von dieser neuen Steuer frei. Landwirtschaftlich bebauter Boden wird nur zum Ertragswert gemessen. Betroffen werden jedoch die in England unbekannt liegenden Flächen, die nur der Boden Spekulation dienen, den Bodenwucher ins ungemessene treiben und den Anbau von Siedlungsweiden verhindern.

Mit dem Wachstum, so stellte Snowden fest, der Bevölkerung und mit jedem Kind, das geboren wird, erhöht sich der Preis des Bodens, ohne daß die Besitzer einen Zinger zu rühren brauchen. Die Landjunker würden im Schlaf reich. Es muß aufgeräumt werden mit der sozialen Ungerechtigkeit des großen, privaten Landbesitzes und dem Boden die Freiheit zurückgeben heißt, den Menschen die Freiheit wiedergeben.

Zum Schluß seiner sensationellen Rede stellte Snowden noch fest, daß die dem Gesetz zugrunde gelegte Werterschätzung vor öffentlichen Kammern stattfinden und die Kosten der Einschätzung auf ein bis einhalb Millionen Pfund Sterling geschätzt werden. Die Realisierung bringe durch das Gesetz neues Geld in die Staatskassen. Sie feuere dem Bodenwucher und mache den Boden billiger und frei zur Befriedung.

Zehn Jahre Akademie der Arbeit

Unter zahlreicher Beteiligung von Vertretern des Reichs, der preussischen Staatsbehörden und der Kommunen, der Organisationen und früherer Hörer beging die Akademie der Arbeit in der Aula der Universität Frankfurt das Fest ihres 10jährigen Bestehens.

Der preussische Kultusminister Grimme hielt eine Ansprache, in der er betonte, daß durch die Gründung der Akademie der Arbeit endlich einmal von der Wurzel aus Ernst gemacht worden sei, die Bildung in den Diensten des Aufstiegs willens zu legen. Doch komme es zugleich darauf an, den Persönlichkeitswert des Einzelnen nicht so aufzufassen, daß er aufsteige, sondern daß er feststehe. Den Wert des Menschen mache nicht, daß er ewig leitere, sondern daß er einen gesicherten Standort habe im Raum der Wirtschaft, im Reich der Ehre und in der Welt des Geistes. Das sei ein Ziel, das in der Akademie der Arbeit erkannt und um das sich seine Bildungsarbeit gruppiere.

Keine Rückkehr der Nationalsozialisten

W.B. München, 5. Mai. In einer Entgegnung auf Presseberichte, daß in der Münchener Sitzung der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion und der Gaufraktion der NSDAP beschlossen worden sei, langsam wieder in die Ausschüßungen des Reichstages zurückzukehren, erklärt der Reichstags-Beobachter, es sei festgestellt worden, daß sich die NSDAP an den Arbeiten der Reichstagsausschüsse nicht zu beteiligen gedente. Außerdem wird erklärt, daß von einer Reichspräsidentenwahl des Generals Hymann, bzw. von Präsidentenwahlen überhaupt, nicht gesprochen worden sei.

Todesstrafe gegen Urban beantragt

W.B. Berlin, 5. Mai. Die Richter des Schwurgerichts II, der Staatsanwalt, die Verteidiger und der wegen Ermordung des Geschäftsführers Schmoller angeklagte Artst Urban trafen sich heute auf der Bühne des Mercedes-Palastes, um den Prozeß an Ort und Stelle zu rekonstruieren. Urban führte das Gericht die Treppe hinauf, die zum Theaterbüro führt. Das Nordzimmer war genau wie zur Zeit der Tat eingerichtet. Schmollers Stuhl nahm ein Angestellter ein, der die gleiche Größe wie der Ermordete hat. Urban zeigte, wie er nach dem Schließen der Tür nur einen Schritt ins Zimmer gegangen sei und dann blindlings geschossen habe. Ob Schmoller an dem Schreibtisch an der hinteren Ecke gesessen oder gestanden habe, wisse er nicht. Die gutachtlichen Folgerungen aus dem Befund zog der Sachverständige, Ingenieur Schmuderer. Er



Der Artst Urban, der im Februar dieses Jahres den Geschäftsführer eines Berliner Kinopalastes ermordete.

erklärte, daß Urbans Angaben aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zutreffen könnten, da die Richtung des Schußkanals an der Leiche, sowie die Ruckereinsparungen auf Wäsche und Körper auf einen Rechtschützen schließen ließen.

Berlin, 5. Mai. Im Prozeß gegen den Artst Urban beantragte am Dienstag Staatsanwaltschaftsrat Dr. Dittmann den Anwesenden wegen Mordes in Tateinheit mit schwerem Raub zum Tode zu verurteilen. Außerdem beantragte er eine einjährige Gefängnisstrafe wegen unbefugten Waffensitzes. Das Urteil wird erst morgen gefällt.

Gefahren im Reichsmilchgesetz

Immer neue Anschläge gegen die Verbraucher

Das Reichsmilchgesetz, das schon vor fünf Jahren vom Deutschen Städtetag angestrebt worden ist, soll in naher Zukunft in Kraft treten. Die Vertreter der Verbraucher wollten durch das Milchgesetz in erster Linie eine Handhabe schaffen, damit die hygienische Gewinnung und Behandlung der Milch einheitlich geregelt werden könne, um so dem Fortschritt in der Milchwirtschaft die Wege zu ebnen. Bis vor kurzem waren die Vertreter der Landwirtschaft noch Gegner einer gesetzlichen Ordnung des Milchverkehrs. Seitdem aber ein § 38 nachträglich Eingang in das Gesetz gefunden hat, können diese den Tag nicht abwarten, an dem das Gesetz in Kraft tritt.

Diese plötzliche Wende der Auffassung in landwirtschaftlichen Kreisen ist auffällig. Die Erklärung dafür aber muß bei dem Verbraucher nicht nur Interesse, sondern auch den Willen zu entschlossener Abwehr neuer Anschläge auf sein mageres Einkommen ersehen. Denn solche Anschläge verbergen sich hinter der Sehnsucht landwirtschaftlicher Organisationen nach dem Reichsmilchgesetz. Die §§ 12 und 38 des Gesetzes bieten nämlich die Möglichkeit, jede unerwünschte Konkurrenz in der Milchherstellung auszuscheiden und die Kartellierung der Milchwirtschaft zu erleichtern.

Dem Milchkartell würde in erster Linie die Aufgabe zufallen, den Milchpreis endgültig und auf die Dauer dem regulierenden Einfluß von Angebot und Nachfrage zu entziehen. Einzelne sollen berechtigt sein, der Allgemeinheit den Milchpreis zu diktieren, ohne Rücksicht auf die steigende Ueberproduktion. Eher soll der große Ueberfluß an Milch mit einem Erlös von vielleicht 10—12 Pfg. pro Liter zur Verbutterung gelangen oder veräußert werden, als daß der Bevölkerung in den Städten, den Kindern, Kranken und Berarnten die Milch zu einem ermäßigten Grundpreis von etwa 15 oder 18 Pfg. pro Liter abgeben wird. So wollen es die Verfechter der Milchwirtschaftlichen Zwangsorganisation.

Nach dem Gesetz hätte zwar auch bei einer Zwangsorganisation der Milchherstellung ein Ausschuß die Festsetzung wirtschaftlich angemessener Milchpreise vorzunehmen. Bei der Bildung dieses Ausschusses sollen auch die Verbraucher angemessen berücksichtigt werden. Aber wenn die Verbraucher in diesem Ausschuß nicht mindestens ebenso zahlreich wie die Produzenten und nicht stärker vertreten sein sollen, wie z. B. der Milchhandel, dann kann von einer angemessenen Berücksichtigung der Verbraucher keine Rede sein. Man spricht davon, das Preisauschüß ein einziger Vertreter der Verbraucher angehören soll. Was das bedeutet, bedarf keiner weiteren Erklärung. Es fehlt nur noch, daß gewisse landwirtschaftliche Führer vorschreiben können, wieviel Milch jeder Haushalt täglich kaufen muß, ohne besondere Wünsche bezüglich der Qualität äußern zu dürfen.

Was es übrigens mit der Qualitätsverbesserung gehalten werden soll, ist aus dem Vorschlag der Landwirtschaftskammer zu entnehmen, den Mindestgehalt der Milch auf 3,2 Prozent festzusetzen. Bisher ist in den ortspolizeilichen Vorschriften der Städte ein Fettgehalt von 3,5 Prozent gefordert und auch ohne Schwierigkeiten erreicht worden. Der Verbraucher soll auch in Zukunft nur noch pasteurisierte Milch erhalten. Ob diese seinem Geschmack entspricht, danach wird nicht gefragt. Sehr viele Haushaltungen verlangen schon heute frische, schmackhafte Rohmilch, die sie ganz nach Belieben vor dem Gebrauch auch abkochen können. Die Freunde der Zwangsorganisation nach § 38 des Reichsmilchgesetzes denken aber an eine Anweisung an die Wünsche und Bedürfnisse der Abnehmer überhaupt nicht. Das alles sei nur von einer Unterdrückung des Einflusses der Konsumenten auf Produktion und Absatz landwirtschaftlicher Produkte, die bisher schon für die landwirtschaftlichen Unternehmer verhängnisvolle Wirkungen hatte.

In Baden ist es in erster Linie die Landwirtschaftskammer, die darauf dringt, ihre segensreiche Tätigkeit auch auf die Milchherstellung auszuweiten. Im Reichsmilchgesetz sieht sie einen Weg, das Ziel zu erreichen. Bei ihr soll nämlich der Apparat entstehen, der eine Art Zwangsorganisation in der Milchherstellung nach landwirtschaftlichen Grundfragen bringen soll. Auf das süßliche Gerede von der freien Wirtschaft, das von landwirtschaftlichen Dementi-

stationen während und nach dem Kriege so oft gehört wurde, folgt jetzt der Ruf nach einer Zwangsorganisation in zweiter Auflage. Alle Bauern, alle Milchbetriebe einschließlich der Milchzentralen in den Städten sollen, wenn sie nicht freiwillig dazu bereit sind, gezwungen werden, einer Zwangsorganisation — Zweckverband genannt — anzugehören, der von der Landwirtschaft, d. h. Landwirtschaftskammer, beherrscht wird. Der Landwirtschaftskammer ist aber im Milchereiverband ein Konkurrent entstanden. Letzterer reklamiert nämlich den Verwaltungsapparat der landwirtschaftlichen Zwangsorganisation für sich. Beide, Landwirtschaftskammer und Milchereiverband, möchten zu gern die Umfänge erheben, welche zur Bekämpfung der Kosten dieser modernen Zwangsorganisation vom Milchpreis entrichtet werden soll. Das scheint die eigentliche Ursache des Wettbewerbs zwischen Landwirtschaftskammer und Milchereiverband zu sein. Daß die Bauern freiwillig in eine Organisation der Milchwirtschaft eintreten werden, die nicht Triebfeder des Fortschritts sein kann, ist nicht zu erwarten. Bei ihnen ist das Vertrauen an genossenschaftlichen Hilfe noch auf lange Zeit gründlich zerstört. In diesem besonderen Falle haben sie wirklich Grund zu allergrößtem Mißtrauen.

Es muß aber auch erwartet werden, daß die Milchzentralen in den Städten, zu deren Einrichtung sich die städtische Bevölkerung die Mittel gewissermaßen am Munde abgepart hat, nicht zum Wertesens volkswirtschaftsfeindlicher Pläne einiger landwirtschaftlicher Führer gemacht und als Kampfmittel gegen lebenswichtige Interessen der Konsumenten mißbraucht werden können. Diese Einrichtungen müssen außerhalb einer Organisation bleiben, die doch nur geschaffen wird, um zu verhindern, daß die verarmte Bevölkerung der Städte von der reichlichen Milchproduktion auch nicht den bescheidensten Nutzen haben soll. Darüber müssen besonders diejenigen Mitglieder städtischer Körperkorporationen sorgfältig wachen, die den Anspruch erheben wollen, als Vertreter der unbemittelten Volksschichten angesehen zu werden. Sie sollten auch mit härterem Nachdruck verlangen, daß der Milchpreis rascher als bisher den vorhandenen Angebot und der Preislaue in den übrigen Städten West- und Süddeutschlands angepaßt wird. Die badiischen Städte dürfen nicht fortgesetzt die teuersten Milchpreise haben. Dafür fehlt jede Berechtigung.

Die Konsumentenbewegung ist ungenügend an der Verbesserung der Milchherstellung interessiert. Sie ist daher leicht für eine Gemeinheitsarbeit mit der Landwirtschaft und dem Milchhandel zur Erreichung dieses Zieles zu gewinnen. Aber die gesamte Zwangsorganisation bietet durchaus keine Gewähr für eine Berücksichtigung der Wünsche und Bedürfnisse der Verbraucher. Sie ist eine Gefahr für die gesamte Milchwirtschaft.

Darum forciert mit einem Milchkartell, das die Preise bittereren macht!

Fort mit der neuen Milchzwangsorganisation gegen die Verbraucher! Kampf der Milchherstellung!

Wenn die Riesenmengen der Verbraucher die Öffnung in dieser Einstellung ergreifen, so führt sie mit größter Sicherheit zum Ziel.

Reichsmilchgesetz vor dem Reichsrat

Berlin, 5. Mai. (Eig. Draht.) Der Reichsrat wird sich in den nächsten Tagen mit den Ausführungsbestimmungen zum Reichsmilchgesetz und mit der Inkraftsetzung des Gesetzes selbst zu beschäftigen haben.

Die Landwirtschaft bringt durch das Reichsernährungsministerium darauf, daß das Reichsmilchgesetz mit seinen hygienischen Bestimmungen vorläufig noch nicht in Kraft treten soll. Es ist ihnen nur darum zu tun, allenfalls am 15. Mai den § 38 des Gesetzes allein in Kraft treten zu lassen, welcher der Landwirtschaft die Möglichkeit gibt, durch die Länderregierungen einen Zwangsvereinbarung zu erreichen, einen Zusammenschluß, der natürlich in ein Monopol der Landwirtschaft bezüglich der Preisbildung ausarten würde, wenn nicht Maßnahmen getroffen werden.

Aus aller Welt

Zeppelinfahrt über die Schweiz und Tirol

Friedrichshafen, 5. Mai. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist heute früh unter Führung von Kapitän Lehmann zu seiner Charterfahrt über die Schweiz und Tirol aufgestiegen und kehrte gegen Abend wieder zurück.

Vor der Aufklärung des Berliner Geldbriefträgermordes?

W.B. Berlin, 5. Mai. Der Mord an dem Geldbriefträger Schwan scheint bereits seine Aufklärung gefunden zu haben. Der Mörder hatte bekanntlich am Tatort einen abgerissenen Kraken zurückgelassen, in dem sich Wäschezeichen befanden. Durch Kundfragen konnte der Betrieb ermittelt werden, in dem der Kraken gereinigt worden war. Ueber die Wäscherei konnte auch der Besitzer des Krakens ausfindig gemacht werden. Wie sich herausstellte, befand sich der Kraken in den letzten Tagen aber nicht mehr im Besitze des Ermittelten. Dieser hatte ihn an den Maurer Ernst Reins veräußert. Bei der Durchsichtung der Wohnung des Reins wurde festgestellt, daß die dort liegenden Kraken die gleiche Weiße haben, wie der am Tatort gefundene. Reins, der im 24. Lebensjahr steht und seit längerer Zeit arbeitslos ist, ist seit dem 2. Mai nicht mehr in seine Wohnung zurückgekehrt.

Spiionagefall im Reiter-Regiment 9

W.B. Weeslo, 5. Mai. Wegen Spionageverdachts zusammen mit Polens wurde ein Anwohner des 9. Reiter-Regiments durch die Kriminalpolizei verhaftet.

Die Bremer Bombenhersteller vor Gericht

Zweibrücken, 5. Mai. Wegen Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz verurteilte das Schöffengericht Wirmans, das seit mehreren Tagen im hiesigen Gerichtssaal tagt, den 20-jährigen Tagelöhner Johann Schönm aus Kaiserslautern zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus, den 21-jährigen Fabrikarbeiter Albert Renneis aus Wirmans zu einem Jahr fünf Monaten Zuchthaus, den 21-jährigen Anstreicher Ludwig Klapp aus Wirmans zu einem Jahr drei Monaten Zuchthaus, den 20-jährigen Techniker Albert Kübel aus Kaiserslautern zu einem Jahr drei Monaten Zuchthaus, den 24-jährigen Fabrikarbeiter Hermann Renneis aus Wirmans zu einem Jahr Zuchthaus und den 32-jährigen Fabrikarbeiter Julius Dopp aus Wirmans zu sechs Monaten Gefängnis. Mit Ausnahme des Letzteren wurden für alle Verurteilten die Stellung unter Polizeiaufsicht für berechtigt erklärt. Die Haftbefehle bleiben aufrechterhalten.

Erlaß eines perfischen Strafgesetzes gegen eheliche Untreue. „Times“ meldet aus Teheran? Die persische Regierung hat ein Gesetz erlassen, durch das eheliche Untreue als strafbare Handlung erklärt und mit Gefängnis bis zu drei Jahren für den schuldigen Teil, gleichviel ob Mann oder Frau, bestraft wird.

Die Malchower Mörder verhaftet

W.B. Stade, 5. Mai. Wie die Polizeibehörde mitteilt, sind zwei der Malchower Mörder, Jonas, zu verhaften. Seine Frau, die sich ihm in Samburg angeschlossen hatte und sich ebenfalls an Bord der Motorboot „Habi“ befand, wurde mit ihm verhaftet. An Bord der Yacht befanden sich erhebliche Vorräte an Lebensmitteln. Ueber die Verhaftung der beiden Spionagen sind Jonas nicht gemeldet, daß sie erfolgte, als beide die Yacht verlassen hatten, um Benzin einzukaufen.

Bei der Vernehmung erklärte sich der Schwager des Jonas, der schon bestrafte Kaptis, bereit, ein volles Geständnis abzugeben. Aus seinen bisherigen Aussagen ergibt sich, daß der Mord an dem Justizoberwachmeister Glösel nicht beabsichtigt war. Da er jedoch erheblichen Widerstand leistete und auch drohte, durch Hülfskräfte die Yacht zu gefährden, verurteilte einer der drei — wer, konnte bisher noch nicht festgestellt werden — mit einer Eisenkugel Glösel den tödlichen Hieb. Nach der Tat ergriffen die drei Spionagen die Yacht in der Richtung, Deutschland möglichst schnell zu verlassen. Sie mußten jedoch bald einsehen, daß der von ihnen erworbene Motorbooter den Straßen, die ihm zugemutet wurden, nicht gemächlich war. Sie landeten heute mittig in Abbeneth und wurden dann verhaftet.

Selbstmord eines russischen Handelsvertreters

Riga, 6. Mai. (Kundendienst.) Der russische Handelsvertreter in Samburg beging auf der russisch-lettischen Grenzstation Intra Selbstmord, indem er sich vor einen ranzierenden Zug warf. Dem Selbstmörder wurden beide Beine zerhackt, so daß er bald starb. Es wird hier vermutet, daß der Russe auf Befehl der Moskauer Regierung nach Moskau zurückkehren sollte und aus Furcht vor einer Strafe freiwillig aus dem Leben geschieden ist.

Krnlens feines Postens als Staatsanwalt entbunden. Moskau, 6. Mai. Das Präsidium des russischen Zentraler tutokomitees entband Krnlens seiner Postens als Staatsanwalt der Sowjetunion und ernannte ihn zum Volkskommissar für Zentralkommissionen.

Freistaat Baden

Deutschnationales Gaskriegsspiel

Die Deutschnationale Volkspartei hat im Badischen Landtag folgende Anfrage gestellt: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen: 1. bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, daß umgehend zum Schutze der Zivilbevölkerung gegen die Gefahren eines Gasangriffs energische Maßnahmen und Schutzmaßnahmen von reichswegen getroffen werden, 2. daß in Vorbereitung mit diesen Gesichtspunkten zunächst in den Grenzländern besondere Landesbehörden errichtet werden, die neben der Vorbereitung aller Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung über die Gefahren eines Gasangriffs aller Möglichkeiten seiner Abwehr und seiner Bekämpfung zu organisieren haben.

Kraft meint man, wenn man diese Anfrage liest, die Deutschnationalen und ihre Hakenkreuzfreunde bekämen allmählich Angst vor dem Kriegsspiel, da sie unentwegt freilich umso mehr sollte dieser Vorgang der badischen Grenzbevölkerung die Augen öffnen, wohin die nationalsozialistische Hege eines Tages führt.

Was man von England lernen kann

Aus Heidelberg wird uns geschrieben: Auf Einladung der akademischen Auslandsstelle der Universität Heidelberg, des Instituts für Sozial- und Staatswissenschaften, des Instituts für Zeitungs- und der v. Fortbeim-Stiftung wird am Freitag, den 8. Mai 1931, abends 8.30 Uhr, in der Aula der Universität der Honorar-Direktor of the Universities Bureau of the British Empire, Sir Frank Heath, G.B.E., K.C.B., über das Englische Universitätswesen. Der Vortrag findet in deutscher Sprache statt. Der Eintritt ist frei. Sir Frank Heath ist einer der besten Kenner des modernen Universitätswesens, in dem er seit vielen Jahren an entscheidenden Stellen selbst führend tätig ist.

Stelleicht lernen die Heidelberger Studenten etwas aus diesem Vortrage. Der Gentleman's Geist von Oxford wird ja allorts gerühmt und verdient in mancher Hinsicht Nachahmung. — Besonders bei einem Teil der Heidelberger Pubertäts-Jugend.

Tagung des Badischen Grundbesitzerverbandes. Der Badische Grundbesitzerverband hielt in Karlsruhe seine diesjährige sehr auf beachtliche Hauptversammlung ab. Freiberger von Rüdiger ergriff den Tagesleitfaden. Sowohl der Reichsgrundbesitzerverband als auch die badische Organisation haben sich nie von der klaren Linie der wirtschaftlichen Objektivität und parteipolitischen Neutralität abdrängen lassen und sind ein beachtlicher Faktor im Wirtschaftsleben geworden. Die Mitgliederzahl des badischen Verbandes stieg sehr rasch; er umfaßt heute den gesamten privaten ländlichen Grundbesitz Badens. Das Hauptanliegen war stets auf die Erreichung eines gesunden, stabilen Besitzverhältnisses gerichtet. Man müsse bei guten fern. bodenreformeller Bestrebungen durch praktische Arbeit von der politischen Umformung lösen. Das neue Heilbringungsgebot sei zu begrüßen, es bedürfe aber einer Ergänzung durch das sozialistische Unerblich. Der Vortragsabend schloß mit einer Würdigung des Wirkens des Präsidenten Dr. Graf Douglas, der seit 10 Jahren an der Spitze des Verbandes steht. Die Werkstättenarbeit brachte die Wiederwahl der jetzigen Mitglieder mit Dr. Graf Douglas als Vorsitzenden, Oberbürgermeister a. D. Behmann, Müllingen und Herr. von Rüdiger als stellv. Vorsitzenden. Für den zurückgetretenen Präsidenten Raab tritt Günter Merion neu in den Vorstand ein. — Billigung fand der Beitritt des Verbandes zum Verein zur Gründung einer Bauernschule in Rittenhof. — Dr. Graf Douglas äußerte sich dann über die katastrophale Lage der Landwirtschaft, die letzten Jahre nur dadurch werden könne, wenn gesetzlich die Verrentung deutschen Landes für den Wohnungsbau vorgeschrieben wird.

Ein unhaltbarer Zustand

Am vergangenen Samstag und Sonntag kam es in Karlsruhe mehrfach zu erheblichen und blutig verlaufenen Schlägereien und zur Verübung sonstiger groben Unfugs. Die Beteiligten waren, wie es nun einmal selbstverständlich geworden ist, Nazis und Kois, also Leute, die, teils aus Neigung und Beranlagung, teils in Ausübung eines in diesen Notzeiten vorübergehend ergriffenen Berufs und aber auch auf Befehl gewissenloser Parteiführer, die Geplagten der übelsten Raschenden auf die Straße tragen und dadurch sich entweder als „fittliche Erneuerer“ oder als „Weltrevolutionäre“ vor aller Welt legitimieren wollen. Und ebenso selbstverständlich ist es, daß die Führer auf der einen wie auf der anderen Seite während der „Kampfbildungen“ an irgend einem sicheren Orte sitzen. Um sich blutige Köpfe zu holen und Messerfische, um die Bekanntheit mit Tränengas zu machen, das neuerdings die Nazis anwenden, dazu sind nur die verbehten Profeten und die dummen Jungens da, die, wenn sie mit dem Hakenkreuz behaftet sind, sich als unermantliche Reden fühlen. Wenn die politischen Radaubriller sich regelmäßig nur in geschlossenen, für niemanden sonst zugänglichen Räumen versammelten, wäre das weiter nicht allzu schlimm; es wäre höchstens schade für jeden Sieb, der daneben geht. Der gegenwärtige Zustand ist jedoch unhaltbar.

Solange die Nazis sich nicht auf der Straße in ihrer Parteiform leben lassen dürften, ging die Geschichte einigermassen; weil sie vor Monaten schon ihre Kuppelien verließen, ist seinerzeit das Verbot des Tragens von Parteiformen erlassen worden. Es war damals sachlich unangenehm, das Verbot auch auf die Reichsbanneruniform auszuheben, denn die Reichsbannerkameraden wissen und werden dazu auch angehalten, Ruhe zu bewahren und überall wo sie auftreten, sich so zu benehmen, wie es für zivilisierte Menschen und anständige Staatsbürger sich gebührt. Wir haben damals nicht besonders Protest gegen die Aushebung des Verbotes auf das Reichsbanner erhoben, weil die Regierung sich gewonnen sah, rasch zu handeln. Nun ist das Verbot seit einigen Tagen aufgehoben und der Zustand, der zum Uniformverbot geführt hat, ist in schlimmerer Weise wieder da. So aber geht es einfach nicht weiter, sollen nicht Verhältnisse herangehen und eintreten, denen die Behörden nur noch schwer Herr zu werden vermögen.

Wer in den letzten Tagen das hubenhaft provozierende Auftreten der Hitlerburgen auf der Kaiserstraße beobachtet hat, muß zu der Forderung gelangen: Beseitigung dieses beschämenden Zustandes, der bei weiterer Duldung der ohnehin im politischen Kampfe beinahe epidemisch um sich greifenden Verrohung täglich neue Nahrung gibt. Wir haben keine Ursache, auch nur ein Wort der Verteidigung für die Gruppen und Haufen zu sagen, die aus den kommunikativen Quartieren bei ihnen passender Gelegenheit hervorbrechen, um mit geballten und bewaffneten Fäusten „Weltgeschichte“ zu machen, aber das eine kann nicht nur, sondern muß gesagt werden: an den Schlägereien der letzten Tage tragen in weitaus größtem Maße die Hakenkreuzler die Schuld.

Die Polizei ist dabei in einer wenig beneidenswerten Lage: Greift sie gegen kommunistische Radaubriller durch, dann ein Mordgefahr in der Moskowierpresse; löst sie gegenüber den Nazis aus, frakzelt die Rasipresse und mancher bürgerlichen Organe bilden ihgel nach der Polizei. Und außerdem riskieren die Polizeibeamten noch, daß, wenn es zur gerichtlichen Verhandlung kommt, Hohenpfeiler in den Tempeln des deutschen Gerechtigkeitsbetriebs solch einen Rasistümmel freilassen. Was Wunder, wenn

gelegentlich Schulkente wirklich nicht allzu scharf darauf erpicht sind, in die politischen Raufhändel hineingezogen zu werden. Alles zusammen löst aber mit der Zeit in bedenklichster Weise die Autorität des Staates und seiner Organe.

Was sich das diesjährige Hiltlerblatt in seiner Montagsausgabe an Beschimpfungen der Karlsruher Polizei leistet, beweist, wie auch in Baden die Staatsautorität bereits im Sinken begriffen ist. Die Polizei spiele eine traurige Rolle, sie könne Leute blutig schlagen, ohne einzugreifen, das Verhalten der Karlsruher Polizei sei himmelschreiend usw. Und der Rechtsanwalt und Naziabgeordnete Kupp, eine besonders feine Hiltlernummer, glaubt in der Montagsausgabe des Führer der Polizei sagen zu dürfen, er wolle gerade nicht behaupten, daß die Polizei die Schlägereien und Unruhen provoziert habe, aber er glaube, sie seien der badischen Regierung nicht unangenehm. Jetzt fehlt nur noch die Behauptung, die badische Regierung sei von den Juden und Nazis bestochen und sei außerdem noch mit Moskau in einem geheimen Bunde, denn, so schreibt der Nazianwalt und Abgeordnete: „Anderes läßt sich schließlich das Verhalten der Polizei nicht erklären“. Will die badische Regierung und will die Karlsruher Polizeidirektion das alles ruhig hinnehmen? Dann brauchte sich wirklich niemand mehr zu wundern, wenn die unteren Polizeiorane, die seit langer Zeit einen ungemein harten und wirklich unangenehmen Dienst versehen müssen, sich in Zukunft nicht dazu drängen würden, Ordnung zu schaffen, wenn sie durch politisch verbehtete und verrohte Borden auch erheblich gestört wird.

Wir haben der Regierung keine Vorschläge zu machen, was sie zur Beseitigung eines Zustandes zu tun hat, der unhaltbar geworden ist; aber doch die Regierung mit schuldig werden würde, wenn bei weiterer Duldung in Zukunft Blut fließt und daß das Vertrauen zum Staat und zu seiner Kraft flöten sehen würde, das muß offen ausgesprochen werden. Die sogenannte Arbeiterzeitung in Mannheim berichtet in ihrer Montagsausgabe quetscherantast, daß in Billingen bei einem kommun. Maifestfestzug, die Demonstrationen mit Fahnen- und Transparenten gegen die Polizei vorgegangen seien. Es ist also schon recht nett geworden im berühmten badischen Rufschlerlande.

Ein Korrespondenzbüro meldet:

OB. Karlsruhe, 5. Mai. Die zahlreichen politischen Ausschreitungen und Zusammenstöße der letzten Tage in den verschiedensten Teilen Badens haben erneut sehr ernsthaft die Frage aufgeworfen, ob die kürzlich erfolgte Aufhebung des Uniformverbots für Baden durch die Regierung zweckmäßig war. Große Teile der Bevölkerung verneinen diese Frage und einflußreiche politische Kreise sind, wie wir hören, im Besitz, wegen einer Erneuerung des Verbotes bei der Regierung vorstellig zu werden. Wir glauben kaum, fehl zu geben in der Annahme, daß sich die Regierung in absehbarer Zeit dem energischen Drängen aller nach Ruhe und Ordnung gelonnenen Bürgerkreise nicht verschließen kann, und daß sie die Frage einer Wiedereinführung des Uniformverbots erneut ernstlich und gewissenhaft auf seine Notwendigkeit hin überprüft. Wenn auch offiziell Besprechungen über die Wiedereinführung im Augenblick noch nicht eingeleitet sind, so haben wir doch Grund zu der Vermutung, daß schon in diesen Tagen zu mindest inoffiziell Anregungen und Besprechungen im zuständigen Ministerium in die Wege geleitet werden.

Am Donnerstag, den 7. Mai 1931, in der Städtischen Festhalle in Karlsruhe

Anfang 20 Uhr

Ende 22 Uhr

Reihenfolge

Orgelvorspiel

„Sturm“ .. G. A. Uthmann

Begrüßungsansprache

Festrede

„Brüder reicht die Hand zum Bunde“ .. W. A. Mozart

„Empor zum Licht“ .. G. A. Uthmann

„Das Werk soll Waffenschmiede sein“ Ein Sprech- und Bewegungschor mit Film und Orgel

Gemeinsames Schlußlied



Mitwirkende

Rektor Karl Stark

Arbeitersängerkartell Karlsruhe

Stadtrat Töpfer, Vorsitzender des Aufsichtsrates

Dr. Ludwig Marum, M. d. R., Karlsruhe

Volkssingakademie Karlsruhe

Volkssingakademie Karlsruhe

Zusammengestellt von Hannes Marxen. Gestellt von der Jugend der Karlsruher Arbeiterorganisationen

Sozialistenmarsch, Vers 1

Chöre unter Stabführung des Herrn Dr. Heinz Knöhl

Einstudierung des Sprech- und Bewegungschores H. Kuhne vom Badischen Landestheater

Der Film beim Festakt des Volksfreund

Den Film, den wir beim Volksfreundjubäum in der Festhalle haben laufen sehen, und der am nächsten Donnerstag bei der Wiederholung der Feier wieder vorgeführt wird, hat Genosse Adolf Sartmeier, der rührige Geschäftsführer des Volksfreund, ausgedacht und in den Sprechchor geschickt eingeleitet. Er trägt den Titel „Im Anfang war das Wort“ und stellt einen prächtigen Ueberblick über den Werdegang der sozialistischen Presse in den letzten 80 Jahren dar. Max Barthel, der bekannte Arbeiterdichter, hat das Manuskript dazu verfaßt, das die Stappen des Aufstiegs in wirksamen Bildern veranschaulicht.

Wir schreiben 1848. Das Rad der Zeit dreht sich unerbittlich, unaufhörlich vorwärts, immer vorwärts. Marx und Engels, unsere Großenmeister, gründeten 1848 die Neue Rheinische Zeitung, die im Gefolge der stürmischen Vorgänge der Revolution wieder von der Welttafel abgemürtet wird. Lassalle, Bebel, Liebknecht führen das Feuer und formieren die Arbeiterpartei. Schwer trifft Bismarcks Schandgesetz die junge Partei. Es beginnt das heroische Zeitalter der Sozialdemokratie. Tausend Zeitungen und Rundschreiben verfallen der Unterdrückung, tausend Jahre Gefängnis sollen die Sozialisten müde machen. Mehr als 900 Genossen werden ins Ausland gejagt. Kein Erdarmen, keine Rücksicht bei den Schergen Bismarcks, noch Weibhatslichkeit zeigt der Befehl die Genossen weg. (Historisch) Fritz Kötner als Hauptdarsteller hat gerade diese menschlich erschütternden Szenen prächtig gestaltet.

Der Paragraf wütet. Bismarcks Devise: „Gewalt schafft Recht“, erfährt graufige Illustrationen. Aber der Geist, der unsere heldenhaften Genossen belebte, weiß dem Gewaltmenschen ein Schnippen zu schlagen. In Kürsch erscheint der „Sozialdemokrat“ weiter, und wie er über die Grenze kam, davon weiß mancher alte Genosse noch prächtige Stücke zu erzählen. Auch hat ja Betti darüber sein bekanntes Büchlein von der „roten Feldpost“ geschrieben.

Die Idee des Sozialismus erzieht sich stärker als der „eiserne Kanal“, der das Sozialistengesetz als den größten Fehler seines Lebens erkennen mußte. Es fiel 1890. Man muß sich manchmal über die Notwendigkeit wundern (oder ist es mehr Größenwahn?) — der mit seiner kühnen und gefährlichen Partei sich zeigen sich vermischt, woran selbst eines Bismarck Kraft zerbrach, trotzdem ihm alle Wachtmittel der staatlichen Polizei und Justiz zu Gebote standen.

Neuer Aufstieg der Parteipresse im Zeitalter Wilhelms des Großen. Deutschland wird das Land, in dem die meisten sozialdemokratischen Zeitungen erschienen. Es sind heute nahe an 200. Der Bildstreifen läßt die wohlbekanntesten Titel der bedeutendsten Organe an unserer Augen vorbeiziehen, auch die Beilagen und Zeitungsblätter, die sozialistischen Verlage marschieren auf, lauter kühnerprobte Kämpfer für die Idee des Sozialismus, die einmal die Idee der Menschheit sein wird. Eine Kulturbewegung von unvergleichlicher und unaufhaltsamer Stöße! Diejenige Einbildung nimmt man nun dem überaus lehrreichen und unterhaltenden Film mit nach Hause. Mit uns die Zeit! Wir marschieren!

Seit seiner ersten Aufführung in Karlsruhe wurde dem Film noch ein kleiner lokaler Anhang beigegeben. Genosse Sartmeier hat von einem Fachmann die Arbeitsstätten und die Arbeitsvorgänge im Volksfreundunternehmen heimlich aufnehmen lassen, und die Besucher der Donnerstag-Vorstellung werden die Uraufführung dieses Teiles erleben. Wir sind überzeugt, daß er den Beifall unserer Genossen finden wird. Wer sieht, wie die Maschinen arbeiten, um Tag für Tag Tausende von Zeitungsexemplaren auszuweisen, dem wird die Macht des Wortes zum Bewußtsein kommen, die Macht auch der Maschine, die dieses Wort veräußerlicht und damit die öffentliche Meinung schafft. Vergessen wir aber nicht, daß auch das Kapital über solche Maschinen verfügt und die Rufe befehligen! Laßt uns daher der ökonomischen Presse Abbruch tun, wo wir können, verbreiten und fördern wir das Organ der produktiven Arbeitenden, unsern Volksfreund!

Partei-Nachrichten

Eintenheim. Die hier am 1. Mai im „Löwen“ von unserer Partei veranstaltete Maifeier war auf bescheid. Umrahmt war die Feier von Musik und Gesangsbeiträgen. Der Festredner Genosse Kersch (Gröningen) sprach vorzüglich über unsere Maifeiern. Bei der Beifall lobte seine Ausführungen. Dann sang der Arbeitergesangsverein noch den Chor „Wann wir schreiten Seit an Seit“ und das Arbeiterwaterlandvolk „Früh auf Genossen“. Auch Karl Roth (Kavir), dem Gen. K. Kassel (Karinette) und Samengeselle Alb. Lang (Geige) sei an dieser Stelle für die schönen Musikbeiträge der Dank ausgesprochen. Gen. K. Roth brachte noch ein Gedicht „Maiegruß“ zum Vortrag. Auch einige Probesten aus dem lustigen Buch des Bühnenspiels wurden mit großer Heiterkeit und Beifall aufgenommen. Mit Worten des Dankes an die Mitwirkenden und Ermahnungen an die Teilnehmer, das Gedächtnis zu heben, schloß der Vorsitzende K. K. es die so schöne der Arbeiterschaft würdige Maifeier.

Wienkendorf. Auf eine in allen Teilen wohlgeleitete Maifeier kam wiederum der hiesige Ortsverein zurückzuführen. Einiges brachte die hiesige Musikkapelle unter der tüchtigen Leitung des Gemeinderat Kammerer den stoff gelieferten Sozialistenmarsch zu Gehör. Der Festredner Genosse Morlod (Karlsruhe) verstand es vorzüglich, in seinen halbständigen Ausführungen den Wichtigkeit und dessen Bedeutung den Anwesenden vor Augen zu führen. Nicht zu vergessen und ganz besondere Anerkennung verdient wiederum der Gesangsverein Sängerbund, der seine schön vorgetragenen Lieder. Eine Uebersetzung brachte auch verschiedene Soloeinlagen der in weiten Kreisen bekannte Genosse F. F. (Weingarten), dessen Tochter an diesem Tage zum ersten Male den Wirklichkeitsbetrieb unseres Parteilokals zum „Schwanen“ leitete, worauf alle Genossen, die bei Ausflügen hierher kommen, binangehen seien. Alle Darbietungen, die zur Verherrlichung des Festes beitragen, wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Untergrömbach. Am ersten Maientag traf man die Parteigenossen und Gewerkschaftler meistens in Gruppen zusammen auf Ausflügen. Am meisten besucht war der herrliche Michaelsberg und der so herrlich gelegene iraseltische Waldriedhof, wo auch unser lieber so früh verstorbenen und unvergesslicher Genosse Philipp Keerapfel seine letzte Ruhestätte gefunden hat. Am Volkshaus „Zum Engel“ herrschte den ganzen Tag lebhafter und fröhlicher Betrieb, fanden sich doch auch die Parteigenossen von Bruchsal und der Arbeitergesangsverein vorwärts Weingarten als Gäste ein. Die ebenfalls Maifeier fand Samstagabend in der Festhalle des Volkshauses statt. Der Saal war sehr auf besucht. Musikalische Darbietungen des Musikvereins, gebogene turnerische Auführungen des Arbeiterturnvereins und Gesangsbeiträge des Arbeitergesangsvereins trugen dazu bei, die Feier und sorgten für gemütliche Unterhaltung. Nicht vergessen darf man das schneidende Auftreten der Feieler und Trommlerabteilung des Turnvereins. Im Mittelpunkt der Feier stand die Rede des Genossen Dr. Nordmann (Karlsruhe), der in kurzer aber lausch aufbauender Rede die Ziele unserer Partei und Bedeutung der Maifeier für das gesamte internationale Proletariat in rhetorisch schöner Weise den

Kleine badische Chronik

Ademische Rowdys

* **Freiburg i. Br., 5. Mai.** Wie die Freiburger Tagespost aus Bad Krozingen meldet, führten Mitglieder einer Freiburger Studentenvereinigung auf der Bahnfahrt von Staufen nach Krozingen und in Krozingen sich sehr übel auf. Zwischen Staufen und Krozingen wurde dreimal die Notbremse gezogen. Der diensttuende Feieler, der jeweils die Sache in Ordnung bringen mußte, wurde von den Studenten verprügelt. Der Zug kam mit erheblicher Verspätung in Krozingen an, so daß auch der Zug nach Freiburg eine wesentliche Verspätung erleiden mußte. Als die diensttuenden Beamten der Nebenbahn sich in das Bahnbüro Krozingen begaben, um den Korral zu melden, folgte ein Teil der Studenten ihnen nach, wo es zu einer bösen Schlägerei kam, in deren Verlauf der Feieler blutige Wunden erhielt. Außerdem wurde ihm der Kopf durch einen Revolver vorerhalten. Die Gendarmerie mußte alarmiert werden, die dann der Trunkenbolde Herr wurde.

Die Hand in der Spinnmaschine

* **Volkershausen bei Singen, 5. Mai.** Die Arbeiterin Maria Häberle erlitt an einer Spinnmaschine in der hiesigen Spinnerei mit der Hand ins Getriebe und erlitt so schwere Verletzungen, daß die Hand abgenommen werden mußte.

Ein Kind totgefahren

* **Heidelberg, 5. Mai.** Gestern Abend wurde im Stadtteil Rohrbach die sieben Jahre alte Gertrud Sator, Tochter einer Pfarrerswitwe, von einem Kraftwagen überfahren. Das Kind wurde so schwer verletzt, daß es auf dem Transport zum Krankenhaus starb.

Drei Polizeiführer verprügelt

* **Bruchsal, 5. Mai.** Die Karlsruher Polizeischule unternahm heute einen Uebungsmarsch, bei der auch eine Feldkugel mitgeführt wurde. Da diese unrichtig war, so entzündete ihr heißer Dampf und verbrühte drei der Polizeiführer, einen davon sehr schwer, so daß er ins Krankenhaus verbracht werden mußte.

Von einem füzenden Baumstamm getötet

* **Triberg, 5. Mai.** Der Arbeiter Josef Söllinger, 39 Jahre alt, verkehrte mit Vater von zwei jugendlichen Kindern, wurde gestern mittag im hiesigen Wald beim Kronen von einem umfzenden Baum getroffen und getötet. Söllinger war längere Zeit arbeitslos und hatte erst vor kurzem eine neue Stelle gefunden.

Durch Gas vergiftet

* **Mannheim, 5. Mai.** In der vergangenen Nacht haben sich in ihrer Wohnung in der äußeren Duerstraße die in den 30er Jahren lebende Ehefrau W. H. und ihre Mutter durch Gas vergiftet. Als die Polizei heute vormittag in die Wohnung einbrach, fand sie beide tot auf. Als Ursache vermutet man Streiftigkeiten zwischen dem Ehemann und der aus dem Leben gekommenen Ehefrau. Der Ehemann wurde vorläufig festgenommen.

Beim Holzfällen getötet

* **Triberg, 5. Mai.** Im Wald wurde gestern vormittag der Arbeiter Josef Söllinger von einem umfzenden Baum getroffen und auf der Stelle getötet. Der Getötete war Vater von zwei unmündigen Kindern. Wie das Unglück geschehen konnte, steht noch nicht fest. Die Gendarmerie ist mit der Aufklärung beschäftigt.

Söllingen. Man schreibt uns: Es liegt Veranlassung vor, an das verehrliche Kreisamt Karlsruhe-Band die Anfrage zu richten, ob eine Verfügung besteht, die einen Lehrer verpflichtet, schon von 6 Uhr vormittags an Turnunterricht abzuhalten. In der Abhaltung des Unterrichts bereits um 6 Uhr früh erwidern wir eine Schädigung unserer im Alter von 10 Jahren stehenden Jugend. Es wäre im Interesse unserer Schulkinder und deren Eltern dringend erwünscht, wenn dieser Zustand möglichst rasch beseitigt werden könnte.

* **Heidelberg.** In einer hiesigen Klinik sind gestern morgen ein 10jähriger Knabe aus Weibheim an Starbampf. Das Kind hatte vor einigen Wochen mit gleichzeitigen Kameraden „Indienbesuche“ gemacht und dabei eine kleine an und für sich ganz bedeutungslose Verletzung unter dem Auge erlitten. Dabei ist die

Wunde anscheinend mit Schmutz infiziert worden, der ja häufig Tetanusbazillen enthält, die Verursacher des Starrkrampfs. Der Fall mahnt wieder zu äußerster Vorsicht bei der Behandlung kleiner Verletzungen.

* **Schweibingen.** Ein recht unangenehmer Verkehrsunfall ereignete sich in der Rheinstraße in Rheinau. Ein 21jähriger Radfahrer fuhr in voller Fahrt gegen eine Straßenbahn und rannte dabei mit dem Kopf durch die Fensterhebe. Er erlitt eine Gehirnerschütterung und mußte in das Allgem. Krankenhaus nach Mannheim gebracht werden.

* **Mannheim.** Montag Abend kam es in einer Wirtschaft in der Neckarauer Straße zu einer erbitterten Schlägerei. Als der Wirt und seine Ehefrau von einem der Gäste mit einem offenen Messer bedroht wurden, ein anderer Gast mit einem Farnschwanz auf den Wirt einschlug und ferner ein weiterer Gast einen Blumentopf auf werfen versuchte, gab der Wirt in der Notwehr aus einer Pistole etwa fünf Schüsse auf die Angreifer ab. Dabei wurde ein 28 Jahre alter Tagelöhner durch einen Stechschuß an der rechten Hand verletzt, während ein 35 Jahre alter Tagelöhner Stechschüsse im Oberkörper und der linken Stirnseite davontrug. Die Polizei stellte die Ordnung wieder her. Zwei der Täter wurden festgenommen und nach Anlegung von Notverbänden dem Krankenhaus zugeführt.

* **Mannheim.** Ein 53 Jahre alter Schiffsführer versuchte durch Einatmen von Gas sich das Leben zu nehmen. Sein Hausherr wurde durch das Stöhnen des Lebensmüden und den Gasgeruch aufmerksam und fand ihn in bemußtlosem Zustande in seinem Zimmer auf. — In einer Straßenbahnhaltestelle der Breitenstraße legte sich ein 65 Jahre alter Tagelöhner in selbstmörderischer Absicht auf die Schienen, wurde aber von Passanten entfernt. Da es sich um einen alten gebrechlichen Mann handelte und er wiederholt Selbstmordabsichten äußerte, wurde er — ebenso wie der Schwermante — in das Krankenhaus überführt.

Ernähigung der Sonntagskartenpreise auf der Albtalbahn

Wie aus einer Bekanntmachung im Inzeratenteil hervorgeht, ermäßigt die Albtalbahn ab Samstag, 9. Mai 1931, nach Baden bei den hinteren Albtal die Preise für Sonntagsrückfahrten. Der neue Preis nach Herrenfels beträgt nur noch 1,50 M., nach Frauenalb 1,40 M., nach Malsfeld 1,30 M. uhm.

Ein Sender für die Pfalz?

Kaiserslautern, 5. Mai. Auf der kürzlich abgehaltenen Tagung der pfälz. Rundfunkvereine wurde unter anderem die Forderung erhoben, eine eigene Sendestelle für die Pfalz zu errichten. Die Vereine werden in Kürze dieserhalb bei der bayerischen Regierung vorstellig werden. Ob es die wirtschaftliche Lage allerdings gestattet, den Plan alsbald durchzuführen, steht noch dahin.

Bereinigung der Grundbuchämter

Aus dem Rechtsflenausschuß des Landtages schreibt man uns: Am Dienstag vormittag wurde über die Bereinigung der Grundbücher verhandelt. Es befinden sich in diesem zahlreiche Eintragungen, die sich auf nicht existierende oder nicht mehr bestehende Rechte beziehen. Auch sind heute noch Rechte eingetragen, deren Ausübung aus tatsächlichen Gründen dauernd unmöglich ist. Es soll nun durch einen Gesetzentwurf, welchen das Justizministerium vorgelegt hat, die Möglichkeit geschaffen werden, alle diese Eintragungen künftig auch ohne Antrag aus den Grundbüchern zu entfernen. Das Ministerium erbittet hierzu die Ermächtigung.

Berichterstatler war der Abg. Haas (Str.). Er beantragte, Änderungen an dem Gesetzentwurf nicht vorzunehmen. Was darin vorgeschlagen werde, sei eine unbedingte Notwendigkeit und würde geschehen im Interesse der künftigen Bereinigung der Grundbücher.

Nur beim § 6 wünschte man, daß angegeben wird, wo die Beschwerden gegen den Feststellungsbeschluss einzulegen ist. Es wurde die Auskunft gegeben: beim Grundbuchamt oder beim Landgericht. Darnach erfolgte einstimmige Annahme des Gesetzes, das zugleich für dringend erklärt wurde. (Den weiteren Inhalt des Gesetzes hat die Parteipresse bereits in einem kurzen Auszug mitgeteilt.) Das bisherige Verfahren hat die Grundbuchämter mit unüblicher Arbeit belastet; dem soll durch die Annahme des Gesetzes gesteuert werden.

ehrenden Worten der Genossen Markus Fuchs, Karl Hiller und Karl Zucher, die schon 25 Jahre dem Ortsverein angehören. Mögen sich die Jungen an diesen alten Kämpfern ein Beispiel nehmen. Durch einige Resitationen aus der Arbeiterdichtung durch den Genossen Särble fand die Veranstaltung eine weitere Aufschwümgung. Die Genossen und ihre Frauen verlebten einige schöne Stunden.

Stellingen. Unsere Maifeier am Freitag, 1. Mai, fand im vollbesetzten Festhalleaal statt. Der Arbeiteradibund Karlsruhe eröffnete mit Musikbeiträgen die Feier. Der gemischte Chor des Arbeitergesangsvereins „Eintracht“ trug den Uthmannischen Chor „Der Freiheit mein Lied“ vor. Sehr wirkungsvoll sprach Jugendgenosse Bedwag Pfeil einen Mai-Prolog. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Festrede des Gen. Gemeinderat Stührer, die mit Beifall aufgenommen wurde. Die Turnerinnen und die Jugend der Katarfreunde gaben auf einstudierter Tanzreihen zum besten und die S. A. unterstützte die Veranstaltung mit einem prästie vorgetragenen Sprechchor. Den Schluß bildete eine Vorführung des Großfilms „Gittaas über Berlin“, der tiefen Eindruck bei den Anwesenden hinterließ. Durch die Zusammenarbeit der verschiedenen Vereine war es möglich, die diesjährige Maifeier wieder auf eine beachtliche Höhe zu bringen.

L. Gorbheim. Die Maifeier fand anschließend an eine Straßendemonstration am Abend des 1. Mai im Volkshaus statt. In erkenntenswerter Weise hatte sich neben den Arbeiterjüngern und Sportlern die allseits beliebte Harmonikabteilung zur Teilnahme eingelunden und trug unter der sicheren Stabführung ihres Dirigenten sehr viel zur Verschönerung der Feier bei. Leider stand ein großer Teil der Gorbheimer Arbeiter der Feier teilnahmslos gegenüber. Zu den zahlreichen Vermitteln zählen natürlich auch die sonst so radikalen Maulrevolutionsäre, anscheinend, weil sie noch nicht erkannt haben, daß unsere Forderungen am 1. Mai auch die ihren sind, oder aber weil sie sich schämen, mit ehrlichen Sozialisten Schulter an Schulter für die kulturelle und wirtschaftliche Besserstellung der proletarischen Gesellschaft zu kämpfen. Als Festredner war der Genosse P. B. (Karlsruhe) gewonnen, der sich seiner Aufgabe in musterhafter Weise erledigte. Der Partei-vorstehende Genosse G. H. (Karlsruhe) dankte im Namen der Partei dem Referenten, sowie allen denen, die dem Ruf der Partei folgen und durch tatkräftige Mitwirkung zur Verschönerung der Feier beigetragen haben. Zum Schluß machte er darauf aufmerksam, daß jeder Klassenbewußte Arbeiter zum aktiven Mitkämpfer unserer Partei werden muß. In jeder Arbeiterfamilie unsere Arbeiterpresse, dies sei die Lösung eines jeden Hand- oder Kopfarbeiters. Schon 50 Jahre ist der „Volksfreund“ das Sprachorgan unserer Klasse. 50 Jahre im Dienste der Menschheit! Diese Tatsache sollte jedem Arbeiter und ganz besonders all den Arbeiterfamilien, die in unserem Orte mit einer Volksfreund-Jubiläumnummer beehrt wurden, Veranlassung genug sein, endlich die blätterlichen Blätter aus dem Hause zu schaffen und dem Volksfreund dadurch Anerkennung zu sollen, daß man sofort ein ständiger Abonnent und zugleich auch eifriger Leser des Volksfreund wird.

Der Blitz am Mittwoch

Damen-Schlupfrose
extra leitfähig, Charmeuse, Gr. 42-48, Stk. RM. **2.20**

Damen-Hüftgürtel
mit 2 Gummirollen u. 4 Strummhaltern, Seltenschluß, RM. **1.00**

Herren-Sporthemd
guter D'Woll-Fleasel, mit festem Kragen und Blinder, RM. **4.20**

BURCHARD

Aus dem Gerichtssaal

Kindesötung

Im Karlsruhe, 4. Mai. Wegen Kindesötung und Abtreibungsversuchs stand heute nachmittags die 18 Jahre alte Erika Eugenie G. aus Böblingen vor den Schranken des Schwurgerichts (Vorstand: Landgerichtspräsident Dr. Rudmann). Die Angeklagte, die sich seit dem 4. Februar ds. Js. in Untersuchungshaft befindet, besuchte die Schule bis zur sechsten Klasse. Sie ist, wie sie einklagt, wegen Faulheit zweimal sitzen geblieben. Sie ist das Kind aus beilebender Eltern; mit 12 Jahren verlor sie ihre Mutter, nach deren Tode sie den Haushalt führte. Siehebnährig, ließ sie sich gelegentlich einer Autofahrt im Frühjahr 1930 mit einem jungen Burschen aus Böblingen ein. Im Mai und Juni machte sie in ihrer Wohnung zwei Abtreibungsversuche, die ohne Erfolg blieben. Es gelang ihr, ihrer Umgebung ihren Zustand zu verbergen. In der Nacht des 29. Dezember tötete sie ihr Kind gleich nach der Geburt in Kenntnis, daß ihr Kind lebte, entsprechend ihrer längst begabten Wänsel, indem sie es in den Abort warf. Auf die Frage des Vorsitzenden bekennt sich die Angeklagte schuldig im Sinne der Anklage. Als Beweggrund gibt sie an, sie habe sich geschämt, als achtzehnjährige Mutter zu werden, und — „weil das Kind vom dem Vater war“.

Vorsitzender: „Was haben Sie gedacht, wie sie das Kind in den Abort warfen?“

Angeklagte: „Ich habe gedacht: Es kommt nicht heraus.“

Vorsitzender: „War ihnen das ganz gleichgültig?“

Angeklagte (leise): „Ja!“

Die Angeklagte schildert darauf den Hergang der Tat in jener Nacht. Bereits in der Frühe des nächsten Tages hat sie ihre Arbeit mühselos wieder verrichtet. Die ganze Sache hat sie innerlich fast gelassen. Ihre Tat wurde erst später durch Gerüchte im Ort ruhmbar und gelangte dann zur Kenntnis der Strafverfolgungsbehörden. Anfanglich leugnete sie die Tat, bequeme sich aber dann zu einem Geständnis, das sie auch heute wiederholt.

Vorsitzender: „Wenn Sie heute rückwärtig sich alles durch den Kopf gehen lassen, was Sie getan haben — was lassen Sie heute dazu?“

Angeklagte: „Ich täte es nicht mehr machen.“

Angeklagte: „Weil es eine Schande ist, wenn man ins Gefängnis muß.“

Als Zeugen sind eine jüngere Schwester der Angeklagten, eine entfernte Verwandte, der Vater der Angeklagten und ein Genesungsbeamter, der über den Neuzug der Angeklagten Auskunft gibt, erschienen. — Prof. Dr. Schwarzacher (Seibelsberg) stellte in seinem Gutachten fest, daß das Kind nach der Geburt gelebt hatte. — Staatsanwalt C. E. r. t. beantragte im Sinne der Anklage eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren sieben Monaten. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Wilhelm Becker, trat für Freisprechung von der Anklage wegen Abtreibungsversuchs ein und beantragte wegen Kindesötung die Mindeststrafe von zwei Jahren Gefängnis.

Das Schwurgericht verurteilte die Angeklagte im Sinne der Anklage zu zwei Jahren einer Woche Gefängnis. Auf die erkannte Strafe werden drei Monate Untersuchungshaft angerechnet.

Das Bierglas als Waffe

Im Karlsruhe, 5. Mai. Vor dem Karlsruher Schwurgericht (Vorstand: Landgerichtspräsident Dr. Rudmann) stand heute der 31 Jahre alte Politiker Wilhelm August Nagel aus Pfaffenloch unter der Anklage wegen

Körperverletzung mit nachfolgendem Tode.

Die Anklage mißt ihm vor, am 2. November (Allerheiligentag), abends zwischen 6 und 7 Uhr, in der Wirtschaft zum Schwanen in Pfaffenloch dem verheirateten 43 Jahre alten Gemischtwandler Max Müller mit einem Bierglas einen Schlag auf den Kopf verübt zu haben; Müller trug eine blutende Wunde davon. Es stellte sich in den folgenden Tagen Wundfieber ein, an dessen Folgen er am 11. November im Städt. Krankenhaus in Karlsruhe starb.

Auf die Frage, ob er sich für schuldig halte, erklärt der Angeklagte, er habe nur einen Angriff des Müller abwehren wollen, und schildert dann den Hergang. Er war am Nachmittag auf dem Sportplatz. Abends kehrte er im Schwanen ein, wo eine Kaninchenausstellung stattfand. Er las mit vier anderen Gästen an einem Tische. Müller, der angetrunken war, kam hinzu. Er führte großartige Redensarten und erregte sich in politischen Schimpfereien. Dadurch, sowie auch durch gegen die Pfaffenlocher ausgesprochene Beleidigungen, wurde er provozierend. Zu dem Angeklagten sagte er, er sei ein Spitzhube. Zuerst hat das der Angeklagte ruhig hingenommen, aber als Müller die Beschimpfung wiederholte, ließ er sich nicht mehr gefallen und forderte ihn auf, die Beleidigung zurückzunehmen. Müller erhob sich darauf vom Tisch, holte die Fauste und wollte gegen den Angeklagten vorgehen. Dieser hatte Angst, daß ihn Müller anpacken wollte, fakte ein Glas und horte damit auf Müller. Er trug eine blutende Wunde davon, die von einer Krankenschwester verbunden wurde. Im Laufe des Abends ist Müller noch zweimal kräftig in die Wirtschaft zurückgekehrt. — Der Angeklagte wird als Sohn achtbarer Eltern geschildert und gilt als ruhiger Mensch, während dem Geständnis das Zeugnis eines Kräfteleiters, der häufig das Wirtshaus aufsuchte, ausgestellt wird.

Als Sachverständiger äußerte sich Medizinalrat Dr. Croissant über das Ergebnis der Leichenöffnung. Am Kopfe befand

sich eine 4 bis 5 Zentimeter lange Wunde. Es zeigten sich die Merkmale des chronischen Trunkers. Die Wunde wäre an sich unerblich gewesen. Aber es trat eine Infektion ein. Müller ist unter den Erscheinungen des Delirium tremens gestorben. Professor Dr. Schwarzacher (Seibelsberg), der sich dem Gutachten Dr. Croissants anschließt, kommt zu dem Ergebnis, daß eine Verletzung widriger Umstände den Tod Müllers verursacht hat.

Der Vorsitzende macht auf die Aenderung des rechtlichen Gesichtspunktes aufmerksam, wonach die Tat des Angeklagten auch als gefährliche bzw. einfache Körperverletzung angesehen werden kann. Staatsanwalt C. E. r. t. hält den Angeklagten im Sinne der Anklage für schuldig und beantragte vier Monate Gefängnis. Der Verteidiger des Angeklagten, A. K. u. m. p., hält Notwehr für vorliegend und beantragt Freisprechung.

Nach dreiviertelstündiger Beratung verkündet der Vorsitzende folgendes Urteil: Der Angeklagte Wilhelm August Nagel wird wegen Körperverletzung mit nachfolgendem Tode zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Meineid

Im Karlsruhe, 5. Mai. Heute nachmittags verhandelte das Karlsruher Schwurgericht unter dem Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Dr. Rudmann gegen den 35 Jahre alten verheirateten Maschinenarbeiter Emil Schäfer aus Bruchsal und gegen die 32 Jahre alte geschiedene Anna Seiler geb. Scheller aus Obriheim, Amt Mosbach. Schäfer ist wegen Meineids angeklagt, der Seiler wird zur Last gelegt, Schäfer zum Meineid angezettelt zu haben. Die Angeklagte Seiler ließ sich mit Schäfer, der Vater von fünf Kindern ist, in ein ehebrecherisches Verhältnis ein. Am 24. November wurde ihre Ehe aus ehebrecherischem Verschulden gelöst. Ihre Beziehungen zu Schäfer dauerten fort. Ihr geschiedener Mann machte eines schönen Tages beim Fürstencamt Bruchsal, wo die Seiler eine Stellung bekleidete, Mitteilung, daß sie mit dem verheirateten Schäfer ein ehebrecherisches Verhältnis unterhalte. Es wurde ihr darauf vom Fürstencamt zur Auflage gemacht, diese Beziehungen zu lösen, andernfalls sie ihre Stellung verlieren würde. Daraufhin verließ sie ihren Mann wegen Hebelidung. Der Hebelidungsprozeß fand am 6. Mai vor dem Amtsgericht Bruchsal statt. Schäfer befehlor in dieser Verhandlung als Zeuge unter Eid, er habe seit langem nicht mehr in Beziehungen zur Privatfliegerin. Der Zeuge machte von seinem Zeugnisverweigerungsrecht — er hätte sich nicht der strafbaren Handlung des Ehebriuchs beschließen brauchen — keinen Gebrauch. Der Angeklagte Schäfer bekennt sich schuldig im Sinne der Anklage und erklärt, die Seiler habe ihn dazu bestimmt, die Unwahrheit zu sagen, weil sie befürchtete, ihren Lebensunterhalt und — was ihr das wichtigste schien — ihre auf Abblösslösung gekauften Möbel zu verlieren (1), falls die Wahrheit ans Tageslicht kam. Die Angeklagte Seiler bestreitet, sich der Anstiftung zum Meineid schuldig gemacht zu haben; sie habe Schäfer nur in seinem Vorhaben, die Unwahrheit zu sagen, bestärkt, sich also der Beihilfe zum Meineid schuldig gemacht. Die falsche Aussage des Angeklagten habe zur Folge, daß der Hebelidungsprozeß die ehebrecherische Ehe der Seiler, wegen ihrer Nachrede mit 15 M. Geldstrafe beendet wurde.

Der Anklageerzähler, Staatsanwalt C. E. r. t., beantragte gegen beide Angeklagten ein Jahr Zuchthaus und zwei Jahre Ehrverlust. Die Rechtsanwältin Sicking und Wannenmacher traten für Freisprechung ein. Die Angeklagte Seiler hat um eine milde Gefängnisstrafe. Schäfer erklärte in seinem Schlusswort nochmals, er wäre nicht zum Meineid gekommen, wenn ihn die Mitangeklagte nicht dazu verführt hätte; er bitte um Freisprechung. Der Schwurgerichtshof fällte folgenden Urteilsspruch: Der Angeklagte Schäfer wird wegen Meineids zu 9 Monaten Gefängnis und die Angeklagte Seiler wegen Beihilfe zum Meineid zu ebenfalls 9 Monaten Gefängnis verurteilt; beiden Angeklagten werden je 2 1/2 Monate der erlittenen Untersuchungshaft auf die erkannte Strafe angerechnet.

Rückfälliger Heirats- und Darlehensschwindler

Im Karlsruhe, 5. Mai. Wegen einer Reihe im Rückfall begangener Betrügereien, sowie Urkundenfälschung hatte sich heute vor dem Karlsruher Schöffengericht (Vorstand: Amtsgerichtsdirektor Dr. F. Müller) der 34 Jahre alte, wiederholt, u. a. mit insgesamt sechs Jahren Zuchthaus vorbestrafte Kaufmann Emil F. r. a. aus Durlach zu verantworten. Der Angeklagte ist in vollem Umfang geschäftsfähig, so daß von der Vernehmung von Zeugen Abstand genommen werden kann.

Am 29. April vorigen Jahres erlitten er in einem hiesigen Konfektionsgeschäft, wo er unter Vorkäufung seiner Zahlungsfähigkeit einen Anzug für 128 M. erstand; außer 40 M. Anzahlung bezahlte er nichts. Anfangs November bis Mitte Dezember ließ er sich von einer Hausangestellten, der er die Ehe versprochen, nach und nach Geldbeträge von insgesamt 870 M. „leihen“, die er aneigentlich zu Studien an der Handelshochschule Mannheim verwenden wollte. Das erwiderte Geld diente ihm zur Bekleidung seines Lebensunterhalts, ohne es wieder zurückzahlen. Im April 1930 erwiderte er von einem Fräulein unter der unmaßvollen Angabe, in Freiburg ein Geschäft anzufangen, 1000 M., die er für sich verwendete und nicht mehr zurückzahlte. Im Januar und Februar dieses Jahres erwiderte er in Schwäbisch-Hall 670 M. — In der gleichen Zeit ließ er sich unter der Vorspiegelung, er habe von einem Freund aus der Kasse der Kriegsbefähigten 900 M. geliehen, die er zurückzahlen müsse, 105 M. Darlehen geben. Im

März bis April fällte er als Provisionsreisender eines Verlags in Grenzsch eine Reihe Bestellungen, die er der Firma einreichte, um sich Provision zu erschwindeln; die Firma kam jedoch hinter die Fälschung und die Provisionsauszahlung unterließ. Ein weiterer Darlehensschwindel brachte ihm im Herbst vorigen Jahres 280 M. ein.

Am 15. April vorigen Jahres unterschrieb er als Provisionsvertreter einer Verlagsfirma einen Bestellschein mit dem Namen des nicht existierenden Anton Stüb in Weisk, wofür er sich 8 M. Provision ausbahlen ließ. Endlich legte er eine Zimmervermietung in Rheinfein, bei der er logierte, ohne zu bezahlen, mit 11.50 M. herein.

Staatsanwalt Heim beantragte gegen Franz eine Zuchthausstrafe von nicht unter 2 1/2 Jahren. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren abzüglich drei Wochen Untersuchungshaft. Außerdem sprach das Gericht den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von vier Jahren aus.

Gewerkschaftliches

Ergebnislose Kahlmentarverhandlungen in Nordweil

* Essen, 5. Mai. Nachdem die Gewerkschaften ihre Forderungen bekanntgegeben hatten, wurden die Verhandlungen zwischen den Arbeitgeberverbänden und den drei Metallarbeiterverbänden heute in Essen fortgesetzt. Nach einer einseitigen Aussprache sagten sich die Gewerkschaften zur Beratung zurück, nach deren Beendigung sie die Verhandlungen als gescheitert erklärten. Die weiteren Verhandlungen werden etwa Mitte Mai unter dem Vorsitz des Schlichters stattfinden.

Aus der Stadt Durlach

Roter Faden. Heute abend pünktlich 9 Uhr findet im Jugendheim der S.M., Pfingststraße 53, die erste **Rollerveranstaltung** aller Mitwirkenden statt. Da die Neuauflistung des Programms durchgesprochen wird, ebenso die fälligen Probetage festgelegt werden, ist es Pflicht jedes Mitwirkenden, zu erscheinen. — Die nächste Veranstaltung findet in Griesingen statt und wird vom Arbeiterportalfest als Kulturveranstaltung durchgeführt. Mit großem, neuem Programm tritt der „Rote Faden“ in aller nächster Zeit wieder vor die Öffentlichkeit.

Ausbüfste der Redaktion

Arbeitsloser. Wenn in Arbeitslosentreffen die Bebauung aufgestellt wird, daß die fälschliche Milchzentrale über drei Periode autost, darunter ein Luxusauto, verläßt, so entspricht dies nicht den Tatsachen. Wie uns von der fälschlichen Milchzentrale mitgeteilt wird, besitzt die fälschliche Milchzentrale nur zwei Autos aus dem letzten Periodeautost. Wänsel kann eines dieser Autos auch nicht ein Luxusauto sein.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle und Beerdigungsseiten. Elise Müller, geb. Romad, 64 Jahre alt, Ehefrau von Otto Müller, Ober-Red.-Rat a. D. Feuerbestattung am 7. Mai, 12 Uhr. Maria Secht, geb. Boob, 70 Jahre alt, Witwe von Franz Secht, Korrektor, Beerdigung am 6. Mai, 15 Uhr. Erhard Seb, 74 Jahre alt, Schlosser, Witwe Beerdigung am 6. Mai, 15.30 Uhr. — 5. Mai: Corlitta Frank, 50 Jahre alt, Witwe von Anton Frank, Pfannenleger (Mühlstraße).

Die in 4 Jahren 80 Pfg. die Seite Vereinsanzeiger Die in 2. mehr Jahren 60 Pfg. die Seite Derungsanzeigen finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, oder werden vom Redaktionspreis berechnet.

Karlsruhe. **Kollisionsakademie.** Am Donnerstag, 7. Mai, abends 8 Uhr, im großen Festsaal der Mitwirkung beim Volksfreundjubäum. Erscheinen aller ist Pflicht. 3681
Naturfreunde Mühlburg. Heute Zusammenkunft. 3714

Durlach, Sängerbund **Vorwärts.** Unsere Singsitzungen finden die Woche wie üblich am Donnerstag für Männerchor und Freitag für Frauenchor jeweils halb 9 Uhr statt. Renamendungen werden an beiden Abenden entgegengenommen und von unseren bisherigen Sängern und Sängerinnen ermahnen wir pünktliches und vollzähliges Erscheinen. Der Vorstand.

Der Baupargandante marschiert.

Die Frage des Baupargandante findet in der deutschen Öffentlichkeit noch nicht diejenige Beachtung, die sie verdient. Dabei doch die deutschen Baupargandanten im Laufe der 6 Jahre ihres Bestehens rund 300 Millionen Reichsmark den Geschicklichen zu so günstigen Bedingungen zur Verfügung gestellt, daß sie mit den von anderer Seite geleisteten Zinsen gar nicht in Vergleich gestellt werden können. — Der Grund, der viele Interessenten abhält, sich einer Bauparaffasse anzuschließen, ist die Ungewissheit, wann das Kapital zur Auszahlung gelangt und die überaus langen Wartezeiten, die in Frage kommen. Neue Wege in dieser Beziehung zeigt die **Deutschen Bauparaffasse**, welche die als erste und einzige deutsche Bauparaffasse die von neutralen Bauparaffassanten immer wieder ererbene Forderung, fremdes Kapital zur Verfügung der Wartezeiten mit in dem Unternehmen arbeiten zu lassen, in die Tat umgesetzt hat. Es dürfte deshalb für alle Hausbesitzer, die unter hohen Zinsen den Bauparaffasse e. G. m. b. H. Seibelsberg, zuwenden, die ohne tollentlose Auszahlung erteilt.

Vergilbte Wäsche, die lange gelegen hat.



Um vergilbter und verfleckter Wäsche wieder ihr ursprüngliches tadelloses Aussehen zu geben, empfiehlt sich ein- oder mehrmaliges Kochen in kalt bereiteter Sillösung.

auch zum Wäscheklarspülen wird Sil mit allerbestem Erfolg gebraucht! Man gibt dem ersten heißen Spülwasser einige Handvoll Sil — kalt verrührt — bei.

Dadurch werden der Wäsche alle Rückstände der Waschlauge viel sorgfältiger entzogen.



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

6. Mai.

1786 *Ludwig Börne. — 1840 Einführung der Briefmarke, zuerst in England. — 1856 *Vishoonast. Siegmund Freud. — 1859 *Naturforscher Alex. v. Humboldt. — 1921 Dr. Sun Yat-sen wird Präsident der Republik China. — 1929 Rot-Front-Bund verboten.

Tätigkeit des Vereins gegen Haus- und Straßenbettel

Mit Befriedigung kann der Verein gegen Haus- und Straßenbettel auf seine Tätigkeit im Jahre 1930 zurückblicken. Er half so manchem Elend der wandernden Menschheit zu lindern. Wie er in seinem Bericht schreibt, haben sich seine Bettelbekämpfungsmassnahmen im vergangenen Jahre bewährt, trotzdem infolge der wirtschaftlich sehr schlechten Lage und der damit zusammenhängenden überaus großen Zahl Bedürftiger der Bettel allgemein stark zugenommen hat.

Die Statistik über die Wandererbewegung in Karlsruhe ergibt: 1925 wurden 8472 Quartiere abgegeben, davon auf städtische Kosten 5410. 1930 betrug die Gesamtzahl der abgegebenen Quartiere 43 289, davon auf städtische Kosten 27 648. Zur Pflichtarbeit wurden 22 518 herangezogen. Die Gesamtzahl der abgegebenen 43 289 Quartiere verteilt sich auf rund 34 000 wandernde Personen, wovon 25 465 öffentliche Hilfe in Anspruch nahmen. Im Jahre 1929 waren es 39 400 Personen und 17 000 Unterstüßte. Zu den vorstehend gezählten männlichen Wanderern wurden in den vom Verein gegen Haus- und Straßenbettel bezugslosten Anstalten rund 1500 weibliche Wanderer beherbergt, von denen rund 300 unentgeltlich verpflegt wurden. Ingesamt konnte also 25 765 wandernden Personen beiderlei Geschlechts durch öffentliche oder private Mittel geholfen werden.

In den einzelnen Monaten des letzten Geschäftsjahres war die Frequenz der von der Wandererherberge abgegebenen Quartiere folgende: April 1930: 3476, Mai 4082, Juni 3802, Juli 4013, August 4024, September 3964, Oktober 4110, November 3792, Dezember 3586, Januar 1931: 3127, Februar 2513, März 2795. Die stärkste Frequenz wiesen der Mai und der Oktober auf. Auf Kosten des Fürsorgeamtes haben 27 648 übernachtet, vom Arbeitsamt wurden 11 387 Wanderer abgefertigt, im Obdachloshaus genächtigt sind 478 Wanderer, entlaubt wurden 1496. Wie man sieht, war in unserer Wandererherberge auch im vergangenen Geschäftsjahr Hochbetrieb und der Beweis der Notwendigkeit dieser Wohltätigkeitsanstalt ist damit wieder von neuem erbracht.

In seinem Geschäftsbericht gibt der Verein auch Abrechnung über die Verwendung der Vereinsgelder. Ingesamt wurden 2804 M an Unterstüßungen ausgegeben, und zwar 2325 M für die Verbesserung der Einrichtungen in den hiesigen Herbergen sowie als Zuschüsse zur Verpflegung und Mächtigungs, weiterhin 450 M für Reisebeihilfen und Einzelfällen. Der Mitgliederstand betrug am Ende des Geschäftsjahres 905. Der wohlthätige Zweck des Vereins würde es allerdings verdienen, daß sich noch mehr Bewohner unserer Stadt dem Verein anschließen. Ein Vorstand, der sich aus allen Schichten der Bevölkerung zusammensetzt und an dessen Spitze Bürgermeister Sauer steht, erledigt die Vereinsgeschäfte.

Bezirksratsitzung

vom 5. Mai 1931

Der Bezirksrat als Verwaltungsorgan erledigte in seiner Sitzung sechs Klagefachen von Bezirksfürsorgeverbänden wegen Erlasses von Fürsorgeerlassen. Bei der Beratung der Verwaltungsgegenstände fanden folgende Konzeptionsgesuche Genehmigung: des Hermann Rink in Durlach zum Betrieb der Schantwirtschaft „zum Stadion“ auf dem Verghenberg in Durlach, des Emil Waffenschmidt zum Betrieb der Realgastwirtschaft „zum Adler“, Hauptstraße 34 in Durlach, des Rudolf Söder in Egenstein zum Betrieb der Realgastwirtschaft „zum goldenen Adler“, Hauptstraße 75, des Jakob Müller in Gröningen zum Betrieb der Schantwirtschaft mit Brauereiwirtschaft „zum Kaiserhof“, Kaiserstraße 75, der Frau Frieda Schäfer in Welschneute zum Betrieb der Realgastwirtschaft „zur Kanne“, Hauptstraße 130, des Berthold Gorenflo hier um Erlaubnis zum Kleinhandel und Vikten in seinem Verkaufslokal Eidenstraße 29, desgleichen der Firma Pannfuch G.m.b.H. u. Co. in den Hilsken Hilsstraße 73 und Gartenstraße 5 und um Stellvertretererlaubnis für den Professor Dr. Fritz Weigand, des Philipp Gerdert hier zum Betrieb der Schantwirtschaft mit Brauereiwirtschaft „zum Kaffee Sammler“ im Hause Kaiserstraße 219 hier, des Hans Bernhardt hier zum Betrieb der Schantwirtschaft mit Brauereiwirtschaft „zur Eintracht“ in dem Hause Karl-Friedrich-Straße 30; der Errichtung einer Kraftwaagenanlage durch die Firma Wolff u. Neumeier auf dem Anwesen Gartenstraße 12 wurde zugestimmt, ebenso dem Gehuch des Matthias Wagner hier, Kaiserstraße 99, um Genehmigung zur Herstellung und Instandhaltung von Jagd- und Sportwaffen sowie von Munition; das Gehuch des Heinrich Meck hier um Erlaubnis zum Ausfuhren von Vikten und Sämdweinen in seinem Konditoreifabrik im Hause Kaiserstraße 22 zur Offenhaltung des Kaffees bis zur Polizeistunde wurde abgelehnt. Die Vorlage von Gemeindevoranschlägen für das Rechnungsjahr 1931 binnen sechs Wochen fand Annahme, während die Einführung oder Erhöhung von Biersteuer und Bürgersteuer in verschiedenen Gemeinden zur Ablehnung kam. Gegen letzteren Beschluß wird nunmehr Rekurs beim Ministerium des Innern erhoben werden müssen.

Die Eintracht gegen die Bürgermeistereiwahl in Gröningen wurde kostenpflichtig abgewiesen. Der Neubehaltung einer Feuerwache im Amtsbezirk Karlsruhe wurde zugestimmt, ebenso der Erlassung einer bezirkspolizeilichen Vorschrift für Kurz- und Rindermilch. Ablehnung fand das Gehuch des Verbandes Deutscher Blumenachtfachsbader — Ortsgruppe Karlsruhe — um Erteilung der Erlaubnis zur Beschäftigung des Personals an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen vor und nach der festgesetzten Verkaufszeit, desgleichen fand Ablehnung ein Antrag des gleichen Verbandes um Verlängerung der Verkaufszeit am zweiten Sonntag im Mai (Muttertage).

Die erste Karlsruher Hausgehilfenprüfung

Die Arbeitsgemeinschaft der Hausangestellten- und Hausfrauenverbände für die „Hausliche Lehre“ kam am Mittwoch, den 29. April zusammen mit der Vertretung der Stadtbehörden sowie des Arbeitsamtes (Arbeitsvermittlung), um die Prüfung der Hausangestellten mit abzunehmen. Die Prüflinge waren durchschnittlich ältere Hausangestellte und mußten mindestens bereits 5 Jahre als Hausangestellte tätig gewesen sein, um den Förderkurs, der über 6 Monate dauerte, besuchen zu können. Der Hauptzweck sollte der sein, daß nach bestandener Prüfung den Besuchern des Förderkurses der Titel „Geprüfte Hausgehilfin“ durch ein Zeugnis ausgedrückt werden soll.

Aus dem städt. Voranschlag

Die wirtschaftliche Bedeutung der städtischen Straßenbahn

Welche gewaltige Bedeutung die städtische Straßenbahn für das Wirtschaftsleben in Karlsruhe im Allgemeinen und für die städtischen Finanzen im Besonderen hat, kann man erst erkennen, wenn man die Voranschläge und Verwaltungsberichte der letzten Jahre genau durchsieht. Die Verlegung des Hauptbahnhofes im Jahre 1913 wirkte außerordentlich betrübend auf die Betriebsausgestaltung und insbesondere auf die Einnahmen der Straßenbahn. Während sich vorher der Verkehr in der Hauptsache von Osten nach Westen und umgekehrt abwickelte, kamen mit der Eröffnung des neuen Hauptbahnhofes wichtige Verbindungslinien in der Richtung von Norden nach Süden hinzu. Zuerst über die Karl- und Ettlinger Straße, später auch über die Rippurter und Mathystraße. Ganze Stadtteile wurden dem Verkehr erschlossen. Von allen Seiten kann man heute rasch von und zu dem Hauptbahnhof gelangen. Bei Ausbruch des Krieges im Jahre 1914 war der neue Hauptbahnhof nur etwas über 8 Monate im Betrieb. Es liegt also kein volles Wirtschaftsjahr zum Vergleich mit heute vor. Immerhin dürfte es allgemein interessieren, einige Zahlen aus der Vorkriegszeit und den ersten Kriegsjahren aus den damaligen Geschäftsberichten zu erfahren. Man kommt dann zu dem Ergebnis, daß die Karlsruher Straßenbahn eine sehr gute Entwicklung genommen hat und daß es eine große Dummheit gewesen wäre, wenn die Mehrheit des Bürgerausschusses im Jahre 1913 die städt. Straßenbahn an das Privatkapital ausgeliefert hätte. Es betragen die:

Jahr	Einnahmen	Beförperte Personen
1912	1 455 299 M	15 829 681
1913	1 639 226 M	18 047 261
1914	2 053 957 M	22 362 486
1915	2 178 588 M	24 645 738
1916	2 527 725 M	30 014 273

Die weiteren Jahre waren natürlich durch die Geldentwertung beeinflusst. Man kann deshalb die letzten Kriegsjahre und die darauffolgenden Inflationsjahre übergehen.

Nach der Stabilisierung ergibt sich folgendes Bild:

Jahr	Einnahmen	Beförperte Personen
1924/25	3 526 655 M	34 146 723
1925/26	4 282 653 M	41 036 289
1926/27	4 581 905 M	40 701 179
1927/28	4 894 806 M	41 807 488
1928/29	5 274 229 M	40 724 407
1929/30	5 219 476 M	38 668 181

Der allgemeine wirtschaftliche Niedergang machte sich also schon im Wirtschaftsjahr 1929/30 bemerkbar, indem die Einnahmen um rund 54 000.— Mark und die Zahl der beförberten Personen sogar um rund 2 Millionen zurückging. Vom Wirtschaftsjahr 1930/31 liegen noch keine endgültigen Zahlen vor. Man wird aber sicher nicht fehl gehen, wenn man einen weiteren Rückgang des Verkehrs voraussetzt.

Das kann schon auf Grund der einschneidenden Abnahmemaßnahmen beim Fahrpersonal behauptet werden. Aus dem Voranschlag 1931/32 kann man deutlich erkennen, daß allein beim Fahrpersonal 43 Mann weniger beschäftigt werden wie im Vorjahr. Der Voranschlag 1931/32 sieht rund 600 000.— Mark weniger Einnahmen aus der Personenbeförderung vor wie im Jahre 1929/30 eingeommen worden sind. Diese Maßnahme erscheint notwendig, wenn man berücksichtigt, daß in Karlsruhe rund 20 000 Menschen von der öffentlichen Fürsorge unterstützt werden müssen. Ohne die große Zahl Arbeitsloser, welche vom Arbeitsamt bzw. durch die Arbeitslosenversicherung betreut werden. Wie diese vielen aus dem Produktionsprozess ausgeschiedenen Menschen haben Zeit zum Leben und brauchen die Straßenbahn nicht. Es ist bedauerlich, daß noch gar keine Anzeichen vorhanden sind, aus dieser Dauerkrise mit ihren verheerenden Folgen herauszukommen.

Die Straßenbahn beschäftigt wohl die meisten Arbeiter und Beamten unter den städt. Betrieben. Stellen wir einige Zahlen aus dem letzten Jahresbericht der Zeit seit gegenüber, so ergibt sich folgendes Bild:

Berufsgruppe	Vorkriegszeit	Zeitzeit
Beamte	363	570
Arbeiter	213	201 und 10 Lehrlinge
Zusammen	576	771
Motorwagen	87	111
Anhängewagen	52	111 dazu 7 Autobusse
Zusammen	137	222

Auffallend erscheint unter diesen Zahlen, daß sich trotz bedeutender Vermehrung des Wagenparks und der Gleislänge und trotz Einführung des 8-Stundentages, die Zahl der Arbeiter vermindert hat. Wohl sind eine Anzahl Vorarbeiter in den Werkstätten in das Werkstattverhältnis überführt worden, auch ist die bahneigene Kraftzentrale des Städt. Elektrizitätswerks angegliedert worden, in der Hauptsache aber ist wohl die Verringerung der Arbeitskräfte auf die Rationalisierung und Beschaffung von modernen Werkzeugmaschinen zurückzuführen. Daß aber auch die Arbeitsintensität gestiegen ist, kann niemand bestreiten. Ein glatter Beweis dafür, daß bei achtstündiger Arbeitszeit mehr geleistet wird wie in 10 Stunden.

Nach der theoretischen Prüfung über Nahrungsmittelkunde und Lebensmittelkunde fand die praktische Vorführung der Kochkunst statt und konnte man mit Befriedigung feststellen, daß die Prüflinge auf zu arbeiten verstanden. Auch bei der Durchprüfung der Handarbeiten konnte man feststellen, daß auch hier die Arbeit eine gute war. Alles in Allem war durchaus die Meinung vorherrschend, daß man sämtlichen Prüflingen das Zeugnis mit Erfolg auszusprechen konnte. Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Oberregierungsrat Denninger eröffnete die Prüfung, begrüßte die Prüflinge sowie die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft und richtete an die Mädchen herzliche Worte in Verbindung mit dem Wunsch, daß die Arbeit, die von der A.G. geleistet wird, auch Anerkennung finden möge, auch nicht zuletzt bei den Prüflingen selbst. Am Schluß der Prüfung, zur späten Abendstunde konnte der Vorsitzende im Auftrage der Arbeitsgemeinschaft das Resultat den Prüflingen mitteilen, daß alle Teilnehmerinnen die Prüfung mit Erfolg bestanden haben und beglückwünschte dieselben. Auch den Lehrkräften des Förderkurses für ihre regame Mitarbeit zu der Sache selbst wurde der Dank abgestattet und nicht zuletzt auch der Frau Rektorin Wundt, die den ganzen Förderkurs mit großer Umsicht sowie Unterforderung durchführte, jedoch auch wir es an dieser Stelle nicht unterlassen wollen, ihr die Anerkennung für ihre Mithilfe zu sagen, die ihr gebührt. Somit befinden sich in den Mauer der Landeshaushalts Karlsruhe 16 für die Hauswirtschaft geprüfte Hausgehilfen und wäre hiermit ein Anfang gemacht, daß die Hausfrau nun auch Gelegenheit hat, sich aelernte und geprüfte Kräfte in ihren Haushalt aufzunehmen.

Die Vermehrung der Beamten gegenüber der Vorkriegszeit ist darauf zurückzuführen, daß der Wagenpark sich gewaltig vermehrt hat. Das Fahrpersonal befindet sich im Beamtenverhältnis und ist wohl die einzige Beamtengattung bei der Stadt, welche den 8-Stundentag noch nicht hat. Es ist wohl bemerkt, wenn verlangt wird, daß keine weiteren Abnahmemaßnahmen getroffen werden dürfen, bevor auch die Farbbediensteten die achtstündige Arbeitszeit haben.

Recht interessant ist auch, zu unterfragen, wie sich das Verhältnis der Einzelfahrer zum Fahrgast und den Monatskarten entwickelt hat. Im letzten Friedensjahr betrug die Einnahme aus Einzelfahrern noch 71,9 Prozent. Von 1924 ab ergibt sich folgendes Verhältnis:

Jahr	Einnahme aus Einzelfahrern	Reste	Sonstige Einnahmen
1924	49 00	41,07	9,93
1925	48,67	41,26	10,07
1926	46,56	42,73	10,71
1927	45,01	54,04	10,95
1928	32,25	56,27	11,48
1929	33,21	55,12	11,67
1930	35,41	51,70	12,89

Aus diesen Zahlen ist einwandfrei zu ersehen, daß der Verkehr aus dem Einzelfahrer zum Fahrgast sich ständig wachst. Es ist aber auch ein Zeichen dafür, daß in Zeiten der wirtschaftlichen Not, jeder seine Ausgaben einschränkt, wo er kann. Die Hoffnungen, daß bei Einführung der sogenannten halben Karte sich die Frequenz hebt, hat sich wohl erfüllt. Der Rabatt von 17 bzw. 30 Prozent kommt nicht nur der Karlsruher Bevölkerung zugute, sondern auch der Straßenbahn. Das wird wohl Veranlassung geben an diesem äußerst bemerkenswerten System festzuhalten. Bei den Voranschlagsberatungen in den letzten Jahren hat die Einführung von Arbeitermonatskarten immer eine bestimmte Rolle gespielt, weil den Berufsarbeitern eine weitere Ermäßigung der Fahrpreise aufkommen soll. Das Wort „Berufsarbeiter“ kann aber heute nicht mehr so eng bezogen, wie das in der Vorkriegszeit der Fall war. Arbeitermonatskarten müßten in „Arbeitermonatskarten“ umgewandelt werden, denn das große Meer der kleinen Angestellten kann über den Bezug verbilligter Monatskarten nicht ausgeschlossen werden. Das auf eineinhalb Fahrkarteinheits auf alle Fälle einige Vorteile gegenüber der früheren Arbeitermonatskarte. Zunächst kann es bei Ausarbeitung voll ausgenutzt werden, dann kann es zu jeder Tages- oder Nachtzeit benutzt werden. Bei der Arbeitermonatskarte fehlten die kanntlich Vorchriften, in welcher Zeit und auf welchen Linien damit gefahren werden durfte.

Die Straßenbahn hat auf alle Fälle die Aufgabe, die Arbeiter rasch und billig von und zu der Arbeitsstätte zu bringen. Ob das durch Hochfahrkarte oder Fahrgastkarte erfolgt, spielt erst in zweiter Linie eine Rolle.

Der diesjährige Voranschlag sieht eine Senkung der Preise für Fahrgastmonatskarte u.ä. nicht vor. Er schließt mit einem Defizit von 141 430.— Mark ab. An den Erneuerungsfonds werden 408 280.— Mark abgeführt, an Verzinsung, Tilgung und Kapitaldienst sind 577 060.— Mark vorgesehen. Das voranschlagsmäßige Defizit wird ausgeglichen durch die inzwischen eingetretene Kürzung der Arbeiterlöhne und Beamtengehälter, so daß unsere Straßenbahn trotz wirtschaftlicher Krise und Not immer noch gut dastet. Es bleibt die Frage offen: Kann durch Herabsetzung der Tarife eine höhere Einnahme erzielt werden? Ist bei der heutigen wirtschaftlichen Konjunktur ein Zutrom von neuen Fahrgästen zu erwarten, wenn der Fahrpreis ermäßigt wird? Einige Städte haben das Experiment gemacht. Bedauerlicherweise muß konstatiert werden, daß dieses einnahmevermindernd gewirkt hat. In Karlsruhe wird man deshalb vorichtig sein müssen. Experimente zu machen verdienen die wirtschaftlichen Verhältnisse. Eine Verbilligung der Fahrpreise stellen Lage unserer Straßenbahn nur verbittert werden. Auch ist die betriebstechnisch auf der Höhe zu halten.

Es sind noch viele Verkehrs wünsche insbesondere unserer Vorkriegszeit zu erfüllen. Die neue Regelung durch den Gemeindefortschritt mit der Ubbalbahn kommt nur zum Teil den berechtigten Wünschen der Rippurter und den Bewohnern des Dammersfeldes entgegen. Das Weierfeld muß regelrechten Straßenbahnverkehr mit der Innenstadt erhalten. Das gleiche trifft auf den neuen Stadtteil Baulach zu. Eine gesunde Siedlungsstruktur ist nur möglich, wenn gute Verkehrsverhältnisse vorhanden sind. Diese guten Verkehrsverhältnisse zu schaffen mit allen ausliegenden Bezirken muß höchstes Ziel aller maßgebenden Faktoren sein.

Die Straßenbahn ist nicht dazu da, große Uberschüsse zu erzielen, sondern sie hat die Aufgabe der Allgemeinheit zu dienen. Deshalb wird kein vernünftiger Kommunalpolitiker etwas dagegen einzuwenden haben, wenn dem Erneuerungsfonds die nötigen Mittel zugeführt werden und wenn sich der Kapitaldienst in anderen Bahnen abwickelt. Notwendige Erneuerungen müssen auch in der jetzigen Zeit vorgenommen werden. Die öffentlichen Betriebe dürfen nicht alles auf „Süßer“ verziehen. Damit ist dem Handwerker und der Industrie nicht gedient. Der großen Arbeitslosigkeit kann doch nur gesteuert werden, wenn recht viele Aufträge erteilt werden von Stellen, die dazu in der Lage sind. Bitte, keine falligen Sparmaßnahmen.

Die kommenden Voranschlagsberatungen im Bürgerausschuss werden zeigen, ob in dieser Beziehung alles geklappt ist, was nötig war, um der Arbeitslosigkeit Herr zu werden.

Weiterer Rückgang des Besuchs der städtischen Bäder

Wieserbäd. Schwimmbäder April 1930 18 541, (April 1931 14 863), Bannbäder 6 320, (5 122), Koblensäurebäder 216, (224), Schaumbäder 42, (31), Kneippbäder 79, (89), Dampfbäder 702, (711), Elektrische Lichtbäder 703, (767), verschiedene Kurbäder 391, (397), zusammen April 1930 28 994, (April 1931 22 154).

Friedrichsbäd. Schwimmbäder April 1930 8 630, (April 1931 9 938), Bannbäder 8 514, (7 938), Koblensäurebäder 78, (120), Schaumbäder 1, (25), Kneippbäder 138, (144), Dampfbäder 122, (211), Elektrische Lichtbäder 62, (127), verschiedene Kurbäder 257, (320), zusammen April 1930 17 802, (April 1931 18 823).

Volfsbad Weierheim. Bannbäder April 1930 431, (April 1931 311), Brauebäder 264, (199), Schulfelder 390, (—), zusammen April 1930 1 085, (April 1931 510).

Rheinfrankbad Kuppenwörth. Besucherzahl 13 319, (4 425). Ingesamt hatten die städtischen Bäder im Monat April 1931 45 912 Besucher gegenüber 59 200 im gleichen Monat des Vorjahres.

Kommenden Sonntag, 10. Mai Bootshausweihe auf Kuppenwörth

Die Naturfreunde

Sonderangebot in Gardinen

Landhausgardinen weiß, Mtr. -55.-45.-25
 Landhausgardinen farbig, gestreift, Mtr. -50
 Brises-Bises in Tüll oder Etamin Paar -45
 Brises-Bises mit Einsatz u. Spitze, Paar -65-75
 Halbstores Etamin m. Einsatz u. Spitze, Stück -75
 Halbstores Meterware eord mit Kunstseidenstreifen und Fransen Mtr. 1.75
 1 Madras-Garnitur 2-teilig 2.95
 1 Etamin-Garnitur 3-teilig 1.95
 Tischdecke 130/160 Kunstseide Stück 4.95
 Tischdecke 120/50 Zebr karliert 1.75

SCHMOLLER

Das Haus für sparsame Kunden.

Schnell kürzeste Wartezeit
Billig niedriger Zinsfuß
Sicher größte Sicherheit

erhalten Sie Ihr **Geld** infolge eines neuen Systems durch die **Heimstätten-Bauparkasse** Heidelberg a. G. m. B. H.

Neu- oder Umbau Hauskauf Hypothekenablösung
 Prämienfreier Hinterbliebenenschutz. Beratung und Drucksachen kostenlos. Tüchtige Mitarbeiter gesucht.
 Bezirks- und Bauberatungsstelle: Karlsruhe, Yorkstr. 67

Frühjahrs-Tanz-Turnier

in Baden-Baden (Kurhaus)
 Samstag, 9. Mai, 10.30 Uhr und 21 Uhr
 Eintrittspreis: Tageskarte RM. 4.-, Reservierung von Tischplätzen und Logen gegen Zuschläge: Loge RM. 20.-, Tischplatz in der 1. Reihe RM. 3.-, in der 2. Reihe RM. 2.-, alle übrigen RM. 1.-.
 Sonntag, 10. Mai, 10.30 Uhr
Tanz-Tee und Tanz-Schau der Siegerpaare
 Eintrittspreis: RM. 2.-, Zuschläge für Logen- oder Tischplätze in der 1. Reihe RM. 2.-, alle übrigen RM. 1.-.
Stadt-Kurdirektion, Tel. 1151-1160

Auf zum Protest!

Gegen die Einführung der **Gemeinde-Getränkesteuer**
 findet im **Colosseumsaal** Karlsruhe, Waldstr. 16, am **Donnerstag, den 7. Mai, abends 8 Uhr** eine große **Protest-Versammlung**

Statt. Sämtliche interessierten Körperschaften u. Verbraucherkreise sind eingeladen.
 Namens der Einberufer:
Gastwirtsverein Karlsruhe und Umgebung e. V.

Gaggenauer Anzeigen

Stadtholzversteigerung.
 Die Stadtgemeinde Gaggenau versteigert am **Freitag, den 8. Mai, nachm. 2 Uhr** im Gemeindegelände, links der Burg, ca. 10 000 Stk. Eichenholz und am **Montag, den 11. d. Mts., nachm. 2 Uhr** im Gemeindegelände, rechts der Burg, ca. 6 000 Stk. Eichenholz.
 Zusammenkunft am Freitag an der Burgbrücke und am Montag am neuen Friedhof.
 Gaggenau, den 5. Mai 1931.
 Der Bürgermeister
 Schneider.

Saub. möbl. **Wand-Englzimmer** an be- ruit. ord. mt. Herrn ob. 2 Stühle, 1 Handtuchhalter. Wir bieten Ihnen dieses Zimmer zum herabgesetzten Preis von **48.-** an. Eine sehr günstige Gelegen- heit, sich ein schönes Zimmer zu einem ganz niedrigen Preise zu kaufen. 3 33

Möbelhaus Carl Baum & Co.
 Erbprinzenstr. 30
 Kein Laden.
 Ständiges Lager über 100 Zimm. u. Küchen- Teilschlange

Gesund frisch Fisch

Das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses über das Vermögen des Jozef Friz, Biergroßhandlung in Karlsruhe, Kriegs- str. 17, und die Verfügungsbefristung sind nach erfolgter Befristung des Vergleichs vom 18. März 1931 aufgehoben worden. Karlsru- he, den 4. Mai 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. 9.

Albtalbahn.

Ab Samstag, den 9. Mai 1931 werden die Breite für Sonntagstraßenfahrarten ab Karlsru- her-Albtalbahn, Karlsruhe-Büppert nach Etilingen-Stadt nach Bahnhöfen des hinteren Albtals ermäßigt. Beispielsweise beträgt der Preis einer solchen Karte von Karlsruhe Albtalbahn nach Herrenald nur noch 1.50 M., nach Frauenald-Spielberg 1.40 M., nach Wörz- sell 1.30 M. u. s. w.
 Karlsruhe, den 5. Mai 1931.
 Direktion.

KAMMER- Lichtspiele

Heute letzter Tag des mit großem Beifall gezeigten Ufa-Tonfilms

Das Flötenkonzert von Sanssouci

mit **Otto Gebühr** und der weiteren prominenten Besetzung.
Kommen Sie noch heute!

Bekanntmachung.

Gegen gütlicher **Auflösung des Schuldagers H. Landauer, Kaiserstraße 183** werden eine **Treppe hoch** die Restbestände meist allererster Fabrikate zum größten Teil für die Hälfte der ursprünglichen Kleinverkaufspreise böfip **ausverkauft.**
 Gut sortiert sind **Herren-, Damen-, Kinder- Straßenschuhe** Hausschuhe ohne Absatz ausverkauft.
Kaiserstraße 183 eine Treppe hoch

GLORIA PALAST

Unwiderruflich die letzten Spieltage

Der Film, der in seiner Spannung und Vielfältigkeit in der Geschichte der Kine-matographie ohne Beispiel ist:

AFRIKA spricht

Das Paradies der Hölle
 Beiprogramm

Zentrverband d. Hausangestellten

Reichs-fachgruppe im Gesamtverband

Erziehungsverwaltung Karlsruhe
 Eoffenstraße 30, Telefon 7985/86

Achtung! **Hausangestellte!** Achtung!
 Samstag, den 7. Mai, abends 8 Uhr, im **Hotel zur „Gambirushalle“**, Ludwigplatz, sehr wichtige

Versammlung

der Hausangestellten-fachgruppe. Tagesordnung: Berichtserstattung über die 3. Reichskonferenz in Nürnberg. Referent: **Kollegin Wagner.** Anschließend findet gemütliches Bei- sammen-in statt. 3688
 Hierzu laden wir unsere Hausangestell- ten, auch solche anderer Vorkriegszeiten und Betriebskollegen freundlich ein.
 Die Erziehungsverwaltung. 3. M. B. Koch.

Blusen und Röcke

Moderne, kleidsame, billige

Fesche Sportblusen Panama, weiß u. farbig 2.90
 Tricote-Blusen Sportform, weiß, rosa, champagne, blau 6.00 5.50
 Charmeuse-Blusen in vielen Farben 3.90
 Crêpe-Maroc-Blusen in erstklass. Verarbeitung 24.50 16.50
 Tweed-Röcke in neuesten Mustern 4.90
 Falten-Röcke in reinw. Popeline, marine u. schwarz 3.50
 Schotten-Röcke d. große Mode in großer Auswahl 13.50
 Club- u. Sportjacken schön. Farb., außergew. bill. 16.50 14.50
 Der beliebte Sport-Pullover für Damen u. Herren, neue Melanzen 5.75

Carl Schöpf

Schlafzimmer

Wir haben einem Kunden ein Schlafzimmer umzusetzen, weil ihm dasselbe nicht mehr gefiel. Es handelt sich um ein schönes Zimmer, Mahagoni im- weiches noch wie neu aussieht. Es besteht aus 1 drei. Garderobe- schrank m. Innenspie- gel 180 cm, 2 Bett- stellen, 2 Nachtschre- in Marmor u. Spiegel- auf, 1 Waschkommode mit Marmor u. Spiegel, 2 Stühle, 1 Handtuch- halter. Wir bieten Ihnen dieses Zimmer zum herabgesetzten Preis von **48.-** an. Eine sehr günstige Gelegen- heit, sich ein schönes Zimmer zu einem ganz niedrigen Preise zu kaufen. 3 33

Möbelhaus Carl Baum & Co.
 Erbprinzenstr. 30
 Kein Laden.
 Ständiges Lager über 100 Zimm. u. Küchen- Teilschlange

Todes-Anzeige

Unser lieber, guter Vater, Großvater, Schwiegervater und Onkel

Erhard Heß

wurde uns nach langem Leiden im Alter von 74 Jahren durch den Tod entrissen.
 Karlsruhe, den 5. Mai 1931.
 Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Otto Heß, Neustadt i. Schw.
 Beerdigung heute Mittwoch, 6. Mai, nach- mittags 1/4 Uhr, Trauerhaus Sybelstraße 18/111.

Geschäfts-Empfehlung

„Zur alten Brauerei Hensle“
 Etilingen, Pforzheimer Straße 13

Der verehrlichen Einwohnerschaft, Freunden u. Gönnern von Etilingen und Umgebung bringe ich meine neuhergerichteten Räume in freund- liche Erinnerung. Zum Ausverkauf kommt das gute Hoepfner Bier, sowie nur erstklassige reine Weine zu bil- listen Preisen. Eigene Schlauchung.
 Um geneigten Zuspruch bittet
Joset Wieder und Frau 1179

Amtlige Bekanntmachungen

Das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses über das Vermögen des Jozef Friz, Biergroßhandlung in Karlsruhe, Kriegs- str. 17, und die Verfügungsbefristung sind nach erfolgter Befristung des Vergleichs vom 18. März 1931 aufgehoben worden. Karlsru- he, den 4. Mai 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. 9.

Albtalbahn.

Ab Samstag, den 9. Mai 1931 werden die Breite für Sonntagstraßenfahrarten ab Karlsru- her-Albtalbahn, Karlsruhe-Büppert nach Etilingen-Stadt nach Bahnhöfen des hinteren Albtals ermäßigt. Beispielsweise beträgt der Preis einer solchen Karte von Karlsruhe Albtalbahn nach Herrenald nur noch 1.50 M., nach Frauenald-Spielberg 1.40 M., nach Wörz- sell 1.30 M. u. s. w.
 Karlsruhe, den 5. Mai 1931.
 Direktion.

Ich heiße nicht umsonst

„Billig“ Trenchcoat

m. kar. Futter 19.50
 und Oeluch
 moderne

Sportanzüge s. schöne farbenvon 29.- an
 neueste

Kammgarn-Anzüge 38.-

Knickerbocker geschmack- vollste Muster 7.50 von 4 an

R. Billig
 Herber-Beiteldung
 Kaiserstraße 41
 gegenüb. Hochsch.

Enielinger Anzeige

Das Brennholz muß aus den Gemeindefor- stungen unbedingt bis längstens 10. Mai abge- führt sein. Das nach diesem Zeitpunkt noch im Walde lagernde Holz wird zu Gunsten der Gemeindeförstung beschlagnahmt.
 9.5
 Etilingen, den 4. Mai 1931.
 Bürgermeisteramt.

Arbeiter! Werbt für euer Zeitung!
 Direction.

LINOLEUM STRAGULA

Druck-Linoleum 200 cm breit, mit kl. Fehlern 2.50
 Druck-Linoleum neue Muster, □ Mtr. 3.50 3.15
 Druck-Linoleum-Läufer-Reste mit kl. Fehlern 50 cm 67 cm 90 cm 110 cm breit
 Mtr. 1.35 2.35 3.10 3.85
 Druck-Linoleum-Läufer fehlerfrei, neue Muster 67 cm 90 cm 110 cm 133 cm breit
 Mtr. 2.65 3.45 4.25 5.10
 Stragula-Stückware 200 cm breit, mit kl. Fehlern □ Mtr. 1.75
 Stragula-Stückware 200 cm breit, fehlerfrei, schöne Musterauswahl □ Mtr. 1.89
 Stragula-Läufer mit kl. Fehlern 60 cm 67 cm 90 cm 110 cm breit
 Mtr. 1.21 1.30 1.66 2.02
 Stragula-Läufer fehlerfrei, hübsches Sortiment in neuen Mustern 60 cm 67 cm 90 cm 110 cm 133 cm br.
 Mtr. 1.17 1.35 1.44 1.80 2.25 2.65
 Stragula-Reststücke 40/40 cm 25.7 45/67 cm 40.7 67/100 cm 80.7

Inlaid-Teppiche 35.00
 ausragende Muster, 200/300 cm

Inlaid-Läufer durchgehend gespinst 67 cm 100 cm br. mit unkl. Kante Mtr. 2.70 4.-

Foto-Wettbewerb

Bilderannahme u. Bedingungen zum Wett- bewerb in der Foto-Abteilung, 2. Etage.

HERMANN KARLSRUHE

Etillinger Anzeigen

Badisches Candesstheater
 Mittwoch, 6. Mai
 * C 23
 Th.-Gem. 3. S.-B.
 1. Hälfte
 Die **Liebesprobe** oder **Chun Yang, die treue Tänzerin**
 Ballet von Mozart
 Dirigent: Schwarz
 Chorographie:
 Fürttenau
 Mithwirkende:
 Fürttenau, Kollbach, Kuhlmann, Vatter, Brüder, das ganze Ballet, Fürttschule, Fürttschule, Theaterakademie
 Anfang 20 Uhr
 Ende 21.45 Uhr
 Breite B (0.80-6.00, 4) 96
 Do. 7.5. Zerhaußmann d. Köpferstr. 8.5. 3. Jhr und Nimmermann. So. 9.5. Wilhelm Tell. So. 10.5. Nachmittags: Meine Schwägerin und ich. Abends: Neu ein- geburt: Liane. Am Sonntagabend: Meine Frau, das Fräulein.

Die Haupt-Bedingung eines guten Salates ist

Gütes Oel

Speise-Oel
 offen 60 u. 80
 Liter 60 u. 80
 Fst. Erdnuß-Oel offen 1.00

Besser billiger und hygie- nischer ist unsere Flaschenpackung

Ein Versuch und Sie kaufen nur

Oel in P-Flasche!
 3/4 Fl. 55 3/4 Fl. 90
 Preise mit Flasche 10 3 Rückvergütung 3512

Haben Sie schon einmal zur **Salatbereitung Citronensaft?**
 verwendet
 Wir offerieren **schöne vollsaftig Früchte 10 Stück 35,40**
 extra groß Stück 6.3

Pfankuch

Frisier-Lolette

dunkel eiche, großes Facette-Spiegel
nur RM. 65.-
 Huber, Möbellager
 Waldstr. 28, Rückgeb

Schlaf-Speise-Herren-Zimmer
 kauft man billiger bei
Kirrmann
 Herrenstr. 40